

Arbeiterzeitung



Wochenzeitung für die Gerichtsbezirke Amstetten, Gmünd, Haag, Scheibbs, St. Peter, Waidhofen und Ybbs

Redaktion und Verwaltung: Amstetten, Ardaggerstraße 28. Kleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Amstetten. Bezugspreise: Im Abonnement bei Zustellung durch den Kolporteur 25 Groschen, bei Postzustellung S 1-30 im Monat. Einzelnummer 30 Groschen

Jahrgang 6

Freitag, den 8. Dezember 1933

Nummer 49

Die Tagung des Parteirates.

Der Parteirat, der auf Grund der Beschlüsse des letzten Parteitages gebildet wurde, ist Sonntag, den 3. Dezember, zum erstenmal zusammengetreten. Der Parteirat besteht aus 60 Mitgliedern, von denen 25 aus Wien, 9 aus Niederösterreich, 6 aus der Steiermark, 5 aus Oberösterreich, 4 aus Kärnten, 3 aus dem Burgenland, 3 aus Salzburg, 3 aus Tirol und 2 aus Vorarlberg entsendet wurden.

Entsprechend dem Beschluß des Parteitages sind Mandatare zu gesetzgebenden Körperschaften und Angestellte der Partei und der Gewerkschaften und der anderen Arbeiterorganisationen in den Parteirat nicht wählbar. Dem Verurteilten sind von den Mitgliedern des Parteirates 47 manuelle Arbeiter, 10 Angestellte, 1 Mitglied ist selbständiger Gewerbetreibender, die im Haushalt tätigen Frauen sind durch eine Frau aus Wien und eine Frau aus Graz vertreten. Unter den Arbeitern und Angestellten sind sieben arbeitslos. Unter den Mitgliedern des Parteirates sind neben den zwei im Haushalt tätigen vier berufstätige Frauen.

Die neun Parteimitglieder, welche von der Landesparteivertretung für Niederösterreich provisorisch in den Parteirat entsendet wurden, sind: Adolf Mulehla (Groß-Siegharts), Marie Emhart (Sankt Pölten), Josef Erl (Bad Pöchlarn), Josef Höllerbauer (Gloggnitz), Josef Kutschera (Fuchsenbühl), Franz Lettner (Traisen), Karl Podrazky (Zell an der Ybbs), Franz Nachberger (Langenkirchen) und Josef Vogl (Mödling).

Die Tagung des Parteirates wurde von Seif eröffnet. Den Bericht des Parteivorstandes erstattete Otto Bauer. Der Parteirat trat sodann in eine Debatte über die politische Lage und über die Taktik der Partei ein, die den ganzen Tag dauerte.

Es wurde auch eine „Rundgebung an das österreichische Volk“ formuliert und einstimmig beschlossen. Diese Rundgebung, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben, soll der Öffentlichkeit die Grundgedanken bekanntgeben, die diese erste Tagung des Parteirates beschäftigte.

An das österreichische Volk!

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat am 16. Oktober beschlossen, einen Parteirat einzusetzen, der, aus sechzig Mitgliedern bestehend, die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Parteiverwaltung überwachen und zur Fassung wichtiger Beschlüsse berufen sein soll.

Wir sechzig Männer und Frauen, zu Mitgliedern des Parteirates gewählt, sind heute zum erstenmal zusammengetreten.

Wir sind keine Abgeordneten und keine Bundesräte, keine Angestellten der Partei, der Gewerkschaften oder anderer Arbeiterorganisationen. Wir sind durcheinander Arbeiter und Angestellte, die aus den Betrieben und aus den Stempelstellen zu den Sitzungen kommen.

An dem Tag, an dem wir zum erstenmal zusammengetreten sind und unsere wichtige Funktion übernehmen, haben wir das Bedürfnis, einige Worte zu unseren Klassenossen, zu den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben und in den Stempelstellen,

einige Worte zu dem ganzen werktätigen Volk Österreichs zu sprechen.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnruhr bedrücken die österreichischen Arbeiter und Angestellten. Unermeßliche Not herrscht in unserem Lande.

Zur wirtschaftlichen Not hat sich politische Bedrängnis gesellt. Seit dem Sieg Hitlers in Deutschland ist auch unser Land in eine schwere politische Krise geraten.

Unsere Gegner hoffen,

die lang dauernde wirtschaftliche Not und die lang hingezogene politische Krise würden auch Arbeiter und Angestellte kleinmütig und verzagt machen. Ihre Hoffnungen werden zerfallen an eurer Gesinnungstreue, an eurer Zähigkeit und Standhaftigkeit, an eurem Charakter!

Unsere Gegner hoffen, ihrem Druck auf euch werde es gelingen, unsere Partei zu spalten. Sie werden die Erfahrung machen, daß in der Stunde der Bedrängnis jeder Streit in unseren Reihen verstummt und alle Genossen und Genossinnen

einig sind in der geschlossenen Abwehr der Gefahren, die uns bedrohen.

Unsere Gegner hoffen uns, den „braven bodenständigen Arbeitern“, väterlich auf die Schultern und empfehlen uns, uns von unseren „volksfremden Führern“ zu trennen. Aber je mehr sie unsere führenden Vertrauensmänner hassen, die wir uns in freier Wahl selbst eingesetzt haben, die nach unseren Beschlüssen handeln und uns verantwortlich sind, desto treuer stehen wir zu ihnen.

Unsere Gegner verheißten uns, daß Arbeiter und Angestellte auch in einer „berufständischen Ordnung“ ein Mitbestimmungsrecht in Staat und Wirtschaft genießen werden. Aber die tägliche Erfahrung zeigt uns umgekehrt, daß unser Mitbestimmungsrecht im Staat und in den Betrieben immer mehr zunichte gemacht wird.

Wofür kämpfen wir?

Wir kämpfen für die Freiheit.
Für die Freiheit eines jeden, seine Gesinnung zu bekunden und zu betätigen! Für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des ganzen Volkes im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden!

Wir kämpfen für die Unabhängigkeit Österreichs.

Für die Unabhängigkeit unseres Landes von allen fremden Mächten — von dem faschistischen Deutschland ebenso wie von dem faschistischen Italien. Für die Neutralisierung Österreichs, damit unserem Lande der Frieden gesichert werde und damit es, dem politischen Streite der Großmächte entrückt, in enge wirtschaftliche Verbindung mit den Nachbarstaaten treten könne.

Wir kämpfen um Arbeit.
Wir fordern die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Gewerkschaften, das den Weg weist, zweihunderttausend arbeitslosen Arbeit zu schaffen.

Wir kämpfen um unsere sozialen Rechte.
Arbeiter und Angestellte sollen nicht rechtlose Untertanen der Betriebsherren sein. Freie Gewerkschaften und freigewählte Betriebsräte und Personalvertretungen sollen ihnen das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sichern, in denen sie arbeiten.

Jeden Tag bedroht den Arbeiter und Angestellten die Not der Arbeitslosigkeit. Jeder Krankheitsfall in seiner Familie wird ihm zur Katastrophe. Nur Ausbau der Arbeitslosenfürsorge und der Sozialversicherung können dem Arbeiter und Angestellten sein Recht aufs Dasein sichern.

Wir kämpfen um den Sozialismus.

Es gilt, die Welt von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu befreien, in der nur um des Profits willen produziert wird und darum die Rohstoffe, die Maschinen, die Arbeitskräfte ungenützt bleiben und verderben, sobald die Produktion nicht hinreichenden Profit abwirft. Es gilt, Arbeit und Eigentum, die der Kapitalismus getrennt hat, wieder zu vereinen, die Scheidung der Gesellschaft in gegensätzliche Klassen, deren Interessen einander feind sind, aufzuheben und dadurch die Welt von dem Klassenkampf, der unvermeidlichen und unabwehrbaren Folge dieser Scheidung, zu befreien. Es gilt, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es weder Reiche noch Arme, weder Herren noch Knechte geben soll. Darum kämpfen wir um die Bodenreform, um die Aufteilung des Herrenlandes auf Landarbeiter und Bauernjöhne; die Arbeitenden auf dem Lande sollen Eigentümer des Bodens werden, den sie bearbeiten. Darum kämpfen wir um die Sozialisierung der großen Betriebe im Bankwesen, in der Industrie, in der Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr; die großen Betriebsstätten sollen Gemeineigentum aller Arbeitenden werden.

Wirft man uns vor, daß wir den Klassenkampf führen?

Alle Klassen kämpfen für ihre Klasseninteressen und werden für sie kämpfen, solange die Gesellschaft in Klassen, deren Interessen einander entgegengesetzt sind, gespalten bleibt. Nur die Verwirklichung des Sozialismus kann die Scheidung der Gesellschaft in einander feindliche Klassen beseitigen und dadurch dem Klassenkampf ein Ende bereiten.

Wirft man uns vor, daß wir gottlose Menschen,

Feinde der Religion seien?

Es sind Feinde, es sind aber auch gläubige Christen in unseren Reihen. Wenn viele Arbeiter dem Christentum feind sind, ist es nicht die Schuld jener, die, wie der Papst selbst in seiner Enzyklika Quadragesimo anno sagt, „die Religion vorzuschützen suchen als Wandschirm, hinter dem man sich mit seinen ungerechten Machenschaften verstecken und durchaus gerechten Forderungen der Arbeiterschaft entziehen will“? Wirft man uns vor, wir seien

vaterlandslos?

Wir haben unser Vaterland, die österreichische Republik, von den Tagen ihrer Begründung an geliebt und behütet wie eine Mutter ihr Kind. Wir haben sie in Kärnten und im Burgenland mit unserem Blute verteidigt. Wir verteidigen heute ihre Unabhängigkeit.

Wirft man uns vor, daß wir durch das feste Band der internationalen Solidarität

mit den Arbeitern aller Länder vereint sind?

In den Verwaltungsräten der kapitalistischen Aktiengesellschaften, in den Leitungen der inter-

nationalen Kartelle sitzen auch in Österreich Kapitalisten aus allen Ländern beisammen. Die Faschisten aller Länder stehen einander bei. Der Kampf gegen den Kapitalismus und gegen seine faschistischen Söldner muß international sein wie der Kapitalismus selbst.

Was will man also von uns? Ist es nicht das Recht der Arbeiterklasse, die einen so gewaltig großen Teil des ganzen Volkes bildet, auf dem Boden der Demokratie, auf der Grundlage der Freiheit und des gleichen Rechtes aller das Schicksal des ganzen Volkes mitzubestimmen?

An dem Tag, an dem wir zum erstenmal als Parteirat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei versammelt sind, erklären wir sechzig Arbeiter und Angestellte, die wir aus den Betrieben und aus den Stempelstellen zusammengekommen sind,

im Namen der organisierten Arbeiter und Angestellten Österreichs:

Wir wünschen, daß die politische Krise „halbmöglichst im Geiste der Verfassung entwirrt“ werde, wie es der Bundespräsident am 7. März verheißt hat. Wir sind bereit, an einer verfassungsmäßigen Entwürfung der politischen Krise mitzuwirken. Wer aber glaubt, den österreichischen Arbeitern und Angestellten das Schicksal der deutschen und der italienischen Arbeiterklasse bereiten zu können, der rechne mit unserer Entschlossenheit, die Rechte, die unsere Väter und wir in jahrzehntelangen Kämpfen erobert haben, mannhaft zu verteidigen!

Wien, am 8. Dezember 1933.

Der Parteirat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs.

Das ist die wahre Liebe nicht...

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die Liebe zwischen Christlichsozialen und Heimwehr nicht ungetrübt ist. Die Christlichsozialen Bauern haben erkannt, wer hinter der Heimwehr steht. Die christlichsozialen Bauernführer sprechen es auch schon aus, daß ihnen die dicke Freundschaft mit den Fahnen-schwänzern längst nicht mehr behagt. Es ist noch gar nicht lang her, da sagte der Präsident des christlichsozialen Niederösterreichischen Bauernbundes, der Landeshauptmann Reither: „Der Bauer hat nicht vergessen, wer seine Vorfahren drangsaliert, in Unwissenheit und Unfreiheit gehalten hat: die adeligen Grundherren.“ Und jetzt wollen die Nachkommen dieser Bauernschinder, schlau hinter der Heimwehr verborgen, wieder aufs hohe Ross kommen.

Die Bauern merken es, und ihr Mißtrauen wird auch durch noch so schöne Beteuerungen der Heimwehrführer, unter denen es nur so von adeligen und hochadeligen Herren wimmelt, nicht beschwichtigt.

In der letzten Zeit hat es wieder ein paar öffentliche Beteuerungen der wachsenden „Zuneigung“ zwischen den Bauern und der Heimwehr gegeben. In Amstetten war eine vaterländische Kundgebung. Der Bundeskanzler sollte als Führer der Front sprechen. Sein Stellvertreter in der Führung der vaterländischen Front ist der Bundesführer der Heimwehren, Fürst Starhemberg. Der Amstettner Gauführer der Heimwehren des Starhemberg verbot nun seinen Männern, an der vaterländischen Kundgebung des Bundeskanzlers teilzunehmen. Und richtig — es kam kein einziger Fahnenchwanz nach Amstetten! In Lull haben es die Fahnenchwanzler dem Bundeskanzler und dem Herrn Landeshauptmann Reither ebenso gemacht, weil man dort keinen Heimwehrführer sprechen ließ.

Diese Ereignisse spiegeln sich auch in den Zeitungen der beiden „Verbündeten“. Da lesen wir im letzten „Bauernbündler“ folgendes:

Ist das wirklich die Meinung des Heimatschutzes?

Die „Nachrichten der Ortsgruppe Markt Aspang des Niederösterreichischen Heimatschutzverbandes“ schreiben:

Es geht vorwärts. Sie erhofften sich von der neuen Verfassung einen neuen Frühling, die verschiedenen Parteien demokratischer Färbung. Das war eine Geschäftigkeit in den letzten Wochen, mit der die Herren Politiker, die fünfzehn Jahre hindurch schlagend bewiesen haben, daß sie unfähig sind, nun plötzlich der aufgehenden Welt weiszumachen verstanden, daß sie auch in einem neuen Staat unbedingt notwendig seien. Verstaubte Gestalten aus dem politischen Panoptikum wollen leben vorgehen! All die verschiedenen Organisationen glauben plötzlich, das Recht für sich in Anspruch nehmen zu können, die allein wahre, ständische Vertretung in ihrem Bereich zu sein. Wir verzeichnen hier die geradezu köstliche Feststellung, die im niederösterreichischen „Bauernbündler“ zu lesen war, und in der unter schamhaftem Augen-ausschlag mitgeteilt wurde, daß eigentlich der Niederösterreichische Bauernbund (also die parteipolitisch am schärfsten hervorretende Gruppe) die wahre ständische Organisation sei. Man glaube in manchen Kreisen, eine Scheinerneuerung werde vielleicht die Öffentlichkeit täuschen und gab sich wahrhaftig der Täuschung hin, daß eine Art Verjüngungskur der Parteien die treibenden Kräfte einer Neuordnung befriedigen könnte.

Wir wären dankbar, zu wissen, ob dies die Meinung des Heimatschutzes ist. Nein! Wir wollen es wissen. Wir sind verpflichtet, Aufklärung zu verlangen. Es ist sonst ungenug, unerträglich! Es ist schon das viertemal, daß wir so unschön angegriffen werden...

Kurz gesagt: die Aspanger Heimwehr will nichts davon wissen, daß der christlichsoziale Bauernbund eine ständische Organisation sei. Im Gegenteil, nach der Meinung der Grünweihen ist dieser Versuch des Bauernbundes nichts anderes als eine Art „Verjüngungskur der Parteien“, deren Zerstörung bekanntlich die Starhembergschen Anhänger des totalen Faschistenstaates immer wieder fordern. Die Faschisten sind offenbar der Ansicht, daß mit den Parteien auch der Bauernbund zerstört werden muß. Vorläufig setzen sich die Bauernführer allerdings recht schüchtern zur Wehr. Sie trauen sich halt nicht recht. Der Oberhamenschwanzler ist Führerstellvertreter bei der vaterländischen Front — da muß man sich halt ein bißel zurückhalten, nicht wahr, Herr Reither, auch wenn man ganz klar sieht, was die Herren „Nachkommen der Bauernschinder“ wollen.

Brief aus Deutschland.

Unterm Henkerbeil.

(Von einem Sonderberichterstatter.)

Oben ist die Hitler-Partei als eine staatliche Einrichtung erklärt worden. Sie nennt sich eine Arbeiterpartei. Die Arbeiterchaft ist in Deutschland zweifellos die weit-aus volkreichste Klasse. Trotzdem sind im Hitler-Reichstag von 675 Abgeordneten nur 17 Arbeiter. Dieser politischen Einschätzung der Arbeiter entspricht auch ihre Behandlung durch die SA. und SS. Die „Geheime Staatspolizei“ ist eigentlich nichts anderes als die SS. Sie führt ein wahres Schreckensregiment. Wehe dem, der in ihre Hände fällt. Die Geheime Staatspolizei hat jetzt ein eigenes Gefängnis eingerichtet. Die Gefangenen — fast nur Sozialdemokraten und Kommunisten — werden hier auf das schändlichste mißhandelt. Lausbuben, die auf die Schulbank gehören, prügeln gereifte Männer, weil sie Sozialisten sind. Man läßt die Gefangenen nicht einmal schlafen. Die Zellen enthalten kaum das Notwendigste, sie werden nicht geheizt, obwohl die Gefangenen nur schlechte Kleidung erhalten. Die Kost ist schlecht und zu wenig. Die Mißhandlungen werden nicht einmal geleugnet. Höhnend berichten die Naziblätter über die Grausamkeit der Geheimen Staatspolizei. Leiter dieser Terrorbande ist seit einigen Tagen kein Geringerer als der preußische Ministerpräsident Göring selbst.

Wer den Folterungen und Mißhandlungen der Geheimen Staatspolizei nicht erliegen will, kommt ins Konzentrationslager. Wie hier die Gefangenen behandelt werden, ist längst bekannt. Wer dem Lagerkommandanten besonders mißliebig ist, muß gewärtigen, „auf der Flucht“ erschossen zu werden.

„Auf der Flucht erschossen“ kann man fast täglich in den deutschen Zeitungen lesen. Der Erschossene hat selbstverständlich keinen Fluchtversuch gemacht. Man hat ihn aber um die Ecke gebracht und läßt deshalb, er habe fliehen wollen. Täglich sterben deutsche Arbeiter für ihre sozialistische Überzeugung. Doch nicht bloß durch die Gewalt- und Vordatzen der SA, sondern auch sozusagen von Rechts wegen. In Köln sind am 30. November sechs Arbeiter geköpft worden. Ein Nazigericht hatte sie schuldig gesprochen, sie hätten die Ermordung zweier SA-Männer auf dem Gewissen. Am 1. Dezember wurde in Berlin ein kommunistischer Arbeiter zum Tod verurteilt; er soll eine Scheune in Brand gesteckt haben. Das Dessauer Schwurgericht hat vor einigen Tagen vier Todesurteile gegen Arbeiter gefällt.

In der letzten Zeit wurden insgesamt 52 Todesurteile gesprochen und 13 Enthauptungen vollstreckt. Kniefest wartet die herrschende Nazi-„Arbeiter“partei im Blut der deutschen Arbeiter!

Vorige Woche entdeckte die Geheime Staatspolizei in Dresden die Bildung sozialdemokratischer und kommunistischer Organisationen. Sie verhaftete über 300 Arbeiter. Wie wird es ihnen ergehen? Wie viele werden es überleben, wie viele ihre gejunten Glieder behalten?

Kältewellen.

Zu der Katastrophe in Sibirien.

Aus Nowo-Sibiriewsk in Sibirien wird ein Kälteeinbruch ganz großen Ausmaßes berichtet, der großes Unglück über die sibirische Bevölkerung gebracht hat. Nach einem Temperatursturz von 5 auf 40 Grad Kälte sind Tausende von Menschen erfroren. Vor allem auf den Kollektivgütern, in deren Gebäuden Hunderte von Menschen untergebracht sind, hat die Kältekatastrophe Tausende von Todesopfern gefordert. Große Verheerungen richtete die Kälte weiterhin in den Barackenstationen der im Bau begriffenen Industrieanlagen von Nowo-Sibiriewsk an, deren Lazarette mit Kältekranken überfüllt sind, denen die Ärzte nur in den wenigsten Fällen durch Amputationen das Leben retten können. Auch der Sachschaden der neuesten sibirischen Kältekatastrophe ist außerordentlich groß. Nahezu sämtliche Röhren einer großen Wasserleitung sind durch den Frost zerstört worden und empfindliche Spezialmaschinen, wie Turbogeneratoren und Dynamomaschinen, sind durch die phantastische Kälte unbrauchbar gemacht worden. Die Nachleute zerbrechen sich die Köpfe, warum die meteorologischen Stationen vollkommen versagten und keinerlei Warnungen in die bedrohten Bezirke hinausgehen ließen. Durch einen unglücklichen Zufall lag in den letzten Wochen über der mittelsibirischen Tiefebene keinerlei Schnee, der bekanntlich wärmend wirkt, so daß die Menschen und ihre Industrieanlagen schußlos der Katastrophe preisgegeben waren.

Auch in Niederösterreich erfolgte in der Nacht von Samstag auf Sonntag ein plötzlicher Kälteeinbruch. Die Temperatur viel plötzlich sehr stark, in manchen Gemeinden von 3 Grad Wärme auf 8 bis 12 Grad Kälte in den Morgenstunden. Es wird deshalb interessieren, wenn wir nachstehend einen Überblick über die großen Kältekatastrophen der letzten Jahrhunderte geben.

Das zugefrorene Meer.

Einen ganz besonders kalten Winter erlebte Europa am der Jahreswende 763/64. Es war so kalt, daß selbst das Schwarze Meer zufro-

Sozialdemokratische Anfragen im Bundesrat.

Der Bundesrat hielt am 1. Dezember eine Sitzung ab. Es waren wieder nur die sozialdemokratischen Bundesräte und der einzige Großdeutsche erschienen. Zum neuen Vorsitzenden wurde Genosse Körner gewählt. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte er daran, daß das Wiener Parlamentsgebäude nun 50 Jahre stehe, und sagte: „Wir alle hoffen, daß der schöne Bau seiner hohen Aufgabe und Bestimmung bald wieder in vollem Umfang wiedergegeben werde.“ Die Sozialdemokraten brachten mehrere Anträge und Anfragen an die Bundesregierung ein und begründeten sie in längeren Reden. Genosse Kanitz beantragte folgende Änderung des Pressgesetzes: Wenn eine Zeitung beschlagnahmt wird und der Staatsanwalt tritt dann von der Erhebung einer Anklage zurück, soll der Bundesstaat der Zeitung den erlittenen Schaden vergüten. Jetzt ist es nämlich nicht so. Sozialdemokratische Zeitungen sind in den letzten Monaten sehr häufig beschlagnahmt worden, aber das Strafverfahren gegen sie wurde dann eingestellt, ohne daß die gelblich schmierigen Parteiblätter entschädigt worden sind.

Bundesrat Schärf beantragte ein Gesetz, wonach

das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz

nicht mehr angewendet werden kann, da „die durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse bereits behoben“ seien.

Die Bundesräte Schläger und Tullner fragten die Regierung wegen der Ausgabe von Käse an die Arbeitslosen bei gleich-

zeitiger Kürzung ihrer Notstandsbeihilfen. Aber diese Angelegenheit berichten wir an einer anderen Stelle unserer Zeitung ausführlicher. Eine andere sozialdemokratische Anfrage behandelt die mehr als sonderbaren Reden, die der Heimwehrführer Starheberg führt. Wir haben hierüber vorige Woche in der „Politischen Rundschau“ berichtet. Die Bundesräte Bergauer und Genossen fragten wegen der Übertragung öffentlicher Aufgaben an Heimwehrgruppen an. Sie brachten dabei das vor, was unsere Zeitung vorige Woche aus dem niederösterreichischen Landtag über die Einberufung von Abgestraften berichtet hat. Eine Anfrage der Bundesräte Klein und Linder wendet sich dagegen, daß die amtliche „Politische Korrespondenz“, die ihre Mitteilungen an alle Zeitungen verbreitet, sozialdemokratische Politiker verdächtigt, daß sie das Ausland gegen Österreich aufheizen. Bundesrat Schärf fragte dann wegen dem Versammlungsverbot an, das bis 15. Jänner notverordnet worden ist. Bundesrat Linder fragte wegen der Ausschreitungen von Heimwehrleuten in Tirol an. Eine Anfrage der Bundesräte Schabes und Bodt behandelt die Regierungsverordnung, durch welche bei den Spitalbediensteten an die Stelle gewählter Betriebsräte ernannte Personalvertreter treten. Unsere Zeitung hat über diese Angelegenheit vor zwei Wochen ausführlich berichtet. Schließlich stellte der großdeutsche Bundesrat Klemmann eine Anfrage wegen der jetzigen Vorgangsweise der Polizeibehörden.

Sonderbare Förderung der Landwirtschaft.

Die Regierung hat eine kriegswirtschaftliche Verordnung erlassen, die für die Arbeitslosen, welche die Notstandsunterstützung bekommen, große Bedeutung hat. Nach dieser Verordnung können die Notstandsbeihilfen auch in der Form von Lebensmittelbeizügen gewährt werden. Der Wert des Lebensmittelbezuges darf ein Fünftel des Betrages der Notstandsunterstützung nicht übersteigen. Diese Vorschrift wird vom 18. Dezember an für die sogenannte

Käseaktion der Bundesregierung

verwendet werden. Den Arbeitslosen sollen von ihrer Notstandsbeihilfe wöchentlich 45 Groschen abgezogen werden. Für diese 45 Groschen werden sie einen Gutschein auf ein Viertelfilogramm Käse bekommen. Es wird versprochen, daß es guter, fetter Käse sein wird, von dem sonst das Viertelfilogramm 80 Groschen bis 1 Schilling kostet.

Werden sich die Arbeitslosen darüber freuen, daß sie jetzt Käse bekommen? Schwierig! Ihre Unterstützung ist ja so gering. Für zehntausende Arbeitslose macht sie 7 bis 14 S in der Woche aus. Wer so wenig zu verbrauchen hat, für den bedeuten die 45 Groschen für den Käse eine sehr spürbare Einbuße. Gewiß, der Arbeitslose bekommt ja Käse dafür. Aber die meisten werden doch sagen, das Bargeld wäre ihnen lieber, weil sie frei darüber verfügen könnten. Der eine

würde sich Brot dafür kaufen, der andere würde die 45 Groschen zum Zinsgeld legen, der dritte würde sich sagen, daß er mit einem paarmal 45 Groschen das Geld für ein altes Paar Schuhe beisammen hätte. Nein, der Käsezettel wird den Arbeitslosen das Geld in den meisten Fällen nicht ersetzen, weil Käseessen für den Arbeitslosen leider ein Luxus ist, den er sich freiwillig nicht leisten würde, auch wenn ein Viertelfilogramm nur 45 Groschen kostet.

Wozu also das Ganze? Die Regierung will mit dieser Maßnahme den Bauern helfen. Die Bauern haben es ja auch wirklich notwendig, daß ihnen geholfen wird. Sie bekommen für ihre Erzeugnisse keine Preise, von denen sie leben könnten. Die Regierung hat erst vor kurzer Zeit Mindestpreise für die Milch festgesetzt. Wer die Milch billiger verkauft, kann bestraft werden. Es herrscht jetzt wirklicher Überfluß an Milch. Viele Bauern veräußern sie an die Schweine. Um den Bauern aber dann die Gewähr zu geben, daß sie die gemästeten Schweine zu einem annehmbaren Preis verkaufen können, hat die Regierung gewerbliche Schweinemastanstalten verboten und andere ähnliche Maßnahmen getroffen. In derselben Linie liegt es, wenn jetzt verordnet wurde, daß die Notstandsunterstützten statt 45 Groschen in barem eine Käseanweisung bekommen. Für die Bauern, die aus überflüssiger Milch Käse machen, ist diese Verfügung erfreulich. Die Arbeitslosen

aber werden weniger entzückt davon sein! Wäre es da nicht am Platz gewesen, durch Verhandlungen zwischen den beiden gerechtfertigten Ansprüchen zu vermitteln? Doch das Parlament hat sich — wie man sagt — „selbst ausgeschaltet“. Es wird nicht verhandelt, sondern berordnet. Wir gönnen es den Bauern, wenn ihnen geholfen wird. Aber ließe sich das wirklich auf keine andere Art erreichen, als daß man den Notstandsbeihilfern noch ein paar Groschen von ihren wenigen Schillingen abzwackt?



Einkaufs-Anweisungen für Weihnachten

gültig in 30 Warenhäusern und Fabrikniederlagen Wien und Provinz
Einkauf von Waren aller Art bis zur kompl. Wohnungseinrichtung
Rückzahlung der Warenkredite je nach der Höhe in 4 bis 24 Monatsraten

„Gara“ Wien VII, Mariahilferstraße 120
Graz, Volksgartenstraße Nr. 1

Drei-Zeilen-Berichte.

In Fernhofen (Bezirk Laa) ist die Errichtung einer neuen Zuckerraffinerie geplant. Die Kommissionierung des Projekts fand am 2. Dezember statt.

Jetzt finden in vielen Dorfgemeinden Treibjagden statt. Darum wird aufmerksamer gemacht, daß die Verwundung von schulpflichtigen Kindern als Treiber streng verboten ist.

Die Regierung hat notverordnet, daß bis auf weiteres an keinem Ausländer die Bundesbürgererschaft verliehen werden darf.

Die Kosten für den „Zwangsaufenthalt“ in Wöllersdorf wurden von der Regierung mit 6 Schilling pro Person und Tag festgesetzt.

Mindestpreislager Rindfleisch

Vorkriegsanleihen und Kriegsanleihen konnten für das Zeichnen der neuen Trefferanleihe verwendet werden. Durch eine Notverordnung der Regierung ist der Zinsendienst für die alten Anleihen eingestellt worden.

Die Kriegsindustrie blüht.

Die große französische Waffenfabrik Schneider in Le Creusot weist einen großen Reingewinn aus. Die Aktienbesitzer teilen davon nicht weniger als 25 Millionen untereinander auf. Wenn die Völker zum nächsten Weltkrieg rüsten, freuen sich die Rüstungskapitalisten!

Der Chronist berichtet über diesen Winter geradezu groteske Einzelheiten. Wochenlang herrschte sibirische Kälte. Die Menschen konnten ihre Häuser mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Holz nicht genügend erwärmen. Sie froren erbärmlich, und viele von ihnen wurden infolge der jämmerlichen Kälte schwer krank, manche fielen der Kälte regelrecht zum Opfer.

Ähnlich strenge Winter gab es in den Jahren 1306, 1320, 1328 und 1399. Auch in den Jahren 1546 und 1599 waren außerordentlich strenge Winter zu verzeichnen. Man konnte damals von Lübeck, Rostock und Danzig über die Ostsee mit schweren Lastwagen fahren. Selbst Reisende benutzten diesen abgekürzten Weg über das Eis und hächtigten in Güten, die auf der Ostsee errichtet wurden.

Der „Große Winter“ 1608.

Einen besonderen Raum in der Geschichte der Meteorologie nimmt der sogenannte „Große Winter“ von 1607/8 ein. Er zeitigte zwar keine Kälterekorde wie der von 764. Er dauerte aber so lange wie keine der anderen Kälteperioden. Erst im Juni 1608 lösten sich die Eis- und Schneemassen vollkommen auf. Den Höhepunkt der Kälteperiode erklomm der Jänner, in dem wieder sämtliche Seen, Flüsse und Meeresarme eingefroren waren. Selbst Spanien und Italien waren mit einer starken Schneedecke bedeckt. Über die Ostsee und den Bodensee konnte man im Wagen hinübergelangen. Der Wein in den Fässern und die Milch in den Kammern froren zu. Eine lustige Episode aus diesem längsten Kältewinter ist übrigens historisch verbürgt. König Heinrich IV. erwachte eines Morgens und der schöne Bart war völlig eingefroren. Eine spätmittelalterliche meteorologische Sensation!

Schlachten am Eis.

Interessant ist, daß im ausgehenden Mittelalter eine Eisperiode auch militärische Folgen zeitigen konnte. So hatte die Kälteperiode 1657/58 in den dänisch-schwedischen Krieg und damit in die große europäische Politik eingegriffen. Der Dorsch war vollkommen eingefroren, so daß das gesamte

schwedische Heer mit sämtlichen schmerzlichen Geschützen die Ostsee überquerten und in die Hauptstellung der dänischen Truppen eindringen konnte. So wurde Dänemark zu dem Frieden von Kopenhagen in erster Linie durch die Eismasse des Jahres 1658 gezwungen.

Auch im 18. Jahrhundert hat ein strenger Winter 1794/95 die kuriose Tatsache gezeitigt, daß nämlich am 25. Jänner die im Eis festgefrorene holländische Flotte bei Texel durch feindliche Kavallerie erobert worden ist. Das dürfte wohl der einzige Fall in der Weltgeschichte sein, daß man mit einer Reitertruppe eine Flotte attackiert hat.

Auch der Winter 1739/40 war einer der kältesten des 18. Jahrhunderts. Der Rhein war so fest zugefroren, daß man bei Mainz ein Scheibenschiffchen auf dem Fluß verankern konnte. Auch andwärts wurde dieser Kältewinter mit Humor überwunden. So briet man in London auf der gefrorenen Themse einen Ochsen. An der Ruidersee aber schoß man Hirsche, die die Eisbede überquert und aus Deutschland gekommen waren.

800 Tote.

Einen schweren Winter hatte Klausenburg (Siebenbürgen) im Jahre 1829/30 durchzumachen. Das Thermometer sank bis 50 Grad unter Null. Wochenlang dauerte diese mörderische Kälte. Sie war derart unerträglich, daß die Menschen nicht einmal in ihren Häusern Schutz finden konnten. Am 24. Dezember 1829 — berichtet der Chronist — starben allein in Klausenburg infolge der Kälte 800 Menschen. Die meisten von ihnen brachen auf der Straße zusammen, da ihre Gliedmaßen abgefroren waren. Sie starben dann unter den größten Qualen; denn selbst in den Wohnungen, in die sie transportiert wurden, war es so kalt, daß das Wasser in den Waschbecken froz.

Im Jahre 1867 wurde auch

Holland

von einer Kältekatastrophe heimgesucht. Die Ruidersee friert, wie man weiß, nur äußerst selten zu. In diesem Jahre konnte man aber noch am 1. April auf ihr spazieren gehen. Diese lang andauernde infernalische Kälte ver-

ursachte im ganzen Lande Hungersnot. Die Menschen, die von der Kälte verschont blieben, fielen der Hungersnot mit den massenhaft auftretenden Seuchen zum Opfer. Die Zahl der Toten, die dieser lang andauernde Winter erforderte, ist nicht bekannt, aber wenn man den damaligen Chronisten Glauben schenken darf, betrug sie viele hundert, die Opfer der verschiedenen Seuchen und der Hungersnot nicht miteingerechnet.

Eine sehr unangenehme und verhängnisvolle Folgeerscheinung der großen Kälte und des großen Schneefalles sind auch die

Eisstöße in Wien und Niederösterreich.

Im Jahre 1829/30 hatte Wien solch eine Überflutungskatastrophe erlebt. Von Ende November bis Ende Februar herrschte fast ununterbrochen große Kälte. Die Temperaturen betragen zwar nur — 20 Grad Celsius, aber diese Kälte wurde durch wiederholte, sehr ausgiebige Schneefälle verstärkt. In den letzten Februartagen trat dann ganz plötzlich Tauwetter ein, das schwere Besorgnisse über den Eisstoß erweckte. Die Befürchtungen schwanen aber, als der Hauptstrom donauabwärts eisfrei wurde und der Wasserstand sank.

In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März brach aber die Katastrophe mit einer Wucht herein, die im Anfang jede Hilfsmaßregel unmöglich machte. Niedrige Wassermengen trugen den Eisstoß mit sich, der unter einem orkanartigen Sturm polternd aus den Ufern gewälzt, in die Straßen getragen und gegen die Häuser geschleudert wurde. Es war eine Schreckensnacht. Berichte von Augenzeugen wissen nicht genug das grauenhafte Walten der entseelten Elemente und den Jammer der fast mehrlosen Menschen zu schildern.

Der Einbruch des Eisstoßes geschah so plötzlich, daß die Wasserwache nicht einmal Zeit hatte, das Warnsignal zu geben und selbst ihr Leben nur mit Mühe und Not retten konnte. Die Nacht erhöhte noch die Panik der Bewohner der überfluteten Häuser, die sich in die obersten Stockwerke flüchteten. Die Katastrophe vernichtete zahlreiche Menschenleben, 284 Personen, darunter viele Kinder, fanden den Tod.

Unpolitische Kirchen?

Die letzte Tagung der katholischen Bischöfe hat einen für ganz Österreich wichtigen Beschluß gefaßt. Sie hat allen katholischen Geistlichen, die Mandate als Nationalräte, Bundesräte, Landtagsabgeordnete, Landesräte, Gemeinderäte oder Gemeindeauschüßmittglieder innehaben, aufgefordert, diese Mandate niederzulegen. Die Christlich-sozialistische Partei wird durch diesen Entschluß sehr wesentlich verändert werden. In ihren Reihen gehören viele Geistliche zu den Führern. So war es in der Monarchie, und so ist es in der Republik geblieben. Der bedeutendste christlich-sozialistische Politiker der Nachkriegszeit, Seipel, war Prälat. Nicht nur im Staat und in den Ländern, sondern auch in den Gemeinden, betätigten sich Geistliche als christlichsozialistische Politiker. Wenn aus den Gemeinderäten die Pfarrer und Kooperatoren verschwinden, wird das für manche kleine Gemeinde ein bedeutendes Ereignis sein.

Für die Kirche war es nicht immer gut, wenn Geistliche Führer in politischen Kämpfen waren. Die Kirche wird dadurch in den Kampf der politischen Meinungen hineingezogen. Man weiß, wie viele Sozialdemokraten die katholische Kirche verlassen haben, weil sich so viele Geistliche viel mehr als christlichsozialistische Politiker und Agitatoren, denn als Seelsorger betätigt haben. Man weiß, wie oft von Pfarrern von der Kanzel herab gegen die Sozialdemokraten gewettert worden ist! Als dann Zehntausende die Kirche dieser politisierenden Priester verließen, dann warf man den — Sozialdemokraten vor, daß sie die Massen zur Gottlosigkeit erziehen. Kardinal Innitzer (Bild), der offenbar versteht, wie abträglich die einseitig christlichsozialistische Betätigung der Kirche ist, hat ihr mit dem neuen Gebot sicher einen guten Dienst erwiesen. Es ist damit sicherlich ein Anfang gemacht, wenn die Geistlichen nun aus den vordersten Reihen der Christlichsozialistischen Partei verschwinden. Doch das kann nicht alles sein, wenn Erzbischof Innitzer die Kirche ernstlich von der Politik trennen will. Er mußte den Geistlichen auch auftragen, daß sie in der Kirche nicht mehr politisieren, daß sie die Kanzel nicht für christlichsozialistische Parteizwecke gebrauchen und daß die Geistlichen nicht kritisch alles gutheissen, was die bürgerlichen Parteien im Dienste des Kapitalismus jetzt in Österreich machen.



Der jetzige Papst hat in seinem Sendschreiben „Im 40. Jahr“ der Christenheit gezeigt, daß er wirkliches Verständnis für die Not der Arbeiter hat. Nicht alle, die sich gern und oft auf den Papst berufen, sind ebenso einsichtig. Mit den Forderungen des Papstes wird von gewissen Leuten wissentlich Mißbrauch getrieben. Wie wären sonst manche Maßnahmen der letzten Zeit möglich, wenn man die Ermahnungen des Papstes ernstlich beherzigt hätte? Wenn die Maßgebenden, die vorgeben, strenggläubige Katholiken zu sein, nicht einmal dem Papst gehorchen, werden sie da auf den Kardinal Innitzer hören? Wird in den österreichischen Kirchen das Politisieren wirklich aufhören?

Leset und verbreitet die „Arbeiter-Zeitung“!

Der Arbeiter im „neuen“ Oesterreich.

Österreich soll eine neue Verfassung bekommen. Man weiß noch nicht, wie sie beschaffen sein wird. Es wird nur mitgeteilt, daß sie die Stände als Grundlage nehmen wird. Ein solcher Stand und gewiß einer der stärksten wäre die Arbeiterschaft. Doch einen Stand „Arbeiterschaft“ wollen die „Erneuerer Österreichs“ nicht gelten lassen. Sie beabsichtigen, die Arbeiter mit den Unternehmern, nach Berufsgruppen zusammenzufassen und eine derartige Zusammenfassung von Arbeitern und Unternehmern als Stand zu bezeichnen. Der Gedanke ist nicht neu. Im faschistischen Italien ist er verwirklicht und in Hitler-Deutschland beruht die Deutsche Arbeitsfront auf demselben Gedanken. Aber auch schon viel früher hat man Ähnliches versucht. Schon im vorigen Jahrhundert haben in England Unternehmerverbände und Arbeitergewerkschaften in den sogenannten „Gewererbündnissen“ zusammengearbeitet. Obwohl diese Gewererbündnisse gerade in diesem Falle für die Arbeiter und die Unternehmer Vorteile brachten, gingen sie doch sehr bald in Brüche. Der Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern war nicht aufzuheben.

Im Weltkrieg und einige Zeit nachher gab es derartiges auch in Deutschland. Hier hießen sie „Arbeitsgemeinschaften“. Sie waren nicht von Bestand, denn die Unternehmer suchten die Arbeitsgemeinschaften einseitig für ihren alleinigen Vorteil und zum Nachteil ihrer Arbeiter zu mißbrauchen.

Und doch gibt es eine Art des Zusammenwirkens von Arbeitern und Unternehmern, von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, die sich bewährt. Das sind die Tarifgemeinschaften (Entlohnungsgemeinschaften). Unternehmerverband und Gewerkschaft eines Berufszweiges schließen einen Kollektivvertrag. Wo ein solcher Kollektivvertrag besteht, zeigt es sich, daß es gut ist, seine Einhaltung von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter gemeinsam überwachen zu lassen. Dazu hat man Tarifämter, Tarifschiedsgerichte und gleichbeschickte Arbeitsvermittlungen geschaffen. Hier in Österreich ist diese Sache nicht so stark hervorgetreten, wie zum Beispiel in England. Diese Entlohnungsgemeinschaften haben sicher ihre großen Vorteile. Solange so ein Kollektivvertrag gilt, können Lohnstreitigkeiten gewöhnlich durch Schiedsgerichte ohne Streit und ohne Streik entschieden werden. Der Klassengegensatz und daher der Klassenkampf wird allerdings durch solche Entlohnungsverträge nicht beseitigt.

Diese Tatsachen sollten sich jene überlegen, die jetzt mit Feuereifer darangehen, auch

die arbeitsrechtlichen Verhältnisse in Österreich

grundlegend zu ändern, weil sie schon gerade dabei sind, einen „Ständestaat“ zu schaffen. Man sagt uns, die Anschauungen des Papstes seien Richtlinie und Ziel bei dem „Neuaufbau Österreichs“. Wenn das so ist, sollte man die Lehren Pius XI. aber auch in dieser für die Arbeiterschaft wichtigsten Frage nicht außer acht lassen. Mit faschistischen Versuchen, die zwangsläufig scheitern müssen, ist nichts getan. Man sollte lieber an die bestehenden Entlohnungsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern anknüpfen. Dazu ist es notwendig, die freie Entwicklung der Gewerkschaften zu fördern, nicht aber sie zu hindern oder zu unterbinden. Man darf das Recht der Arbeiter, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen, nicht beeinträchtigen. Vor allem aber darf man die schon bestehenden gemeinsamen Einrichtungen von Unter-

nehmern und Arbeitern nicht untergraben oder sie unter weltfremde Beamtenaufsicht stellen. Diese Forderungen haben nicht gerade nur Sozialdemokraten gestellt. Auch katholisch gesinnte Sozialwissenschaftler erheben sie und leiten sie aus den Wünschen des Papstes ab.

„die österreichischen Proletarier entproletarisieren“.

Das heißt, sie wollen aus Proletariern Nichtproletarier machen. Das ist ein schönes Ziel. Niemand anderer als Karl Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hat es gesagt. Wann wäre denn der Proletarier kein Proletarier mehr? Wenn ihm oder der Gemeinschaft einer Gruppe von Arbeitern und Angestellten die Fabrik oder der Betrieb gehören würde, in dem sie alle arbeiten müssen, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen.

Die Überführung der Erzeugungsmittel und -stätten in den Besitz der Allgemeinheit, das ist ein Kampfziel des marxistischen Sozialismus zur Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft, zur Überwindung des Kapitalismus und zur Entproletarisierung der Arbeiter!

Eine unklare Verordnung über die Haltung und Aufmast von Schweinen.

Im Bundesgesetzblatt vom 8. November 1933 (Stück 159) ist eine Verordnung über die Haltung und Aufmast von Schweinen veröffentlicht worden, die in weiten Kreisen der ländlichen Bevölkerung Besorgnis hervorgerufen hat. Die Verordnung bestimmt nämlich folgendes:

1. „Betriebe, mit denen keine landwirtschaftliche Produktion geeigneter Futtermittel in unmittelbarer Verbindung steht“, dürfen nicht mehr als zwei Stück Schweine halten.
2. Betriebe, die Futtermittel erzeugen, dürfen zu gleicher Zeit nicht mehr als 100 Schweine halten.

Die Haltung einer größeren Anzahl von Schweinen ist an eine Bewilligung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gebunden! In die zulässige Anzahl von Schweinen sind Tiere im Alter unter zwölf Wochen nicht einzurechnen.

„Gepachtete landwirtschaftliche Grundstücke berechtigen nur dann zur Haltung oder Aufmast von Schweinen, wenn ein ganzer landwirtschaftlicher Betrieb gepachtet wurde.“ (§ 2.) Die vorgeschriebene Anzahl von Schweinen ist bis 1. März 1934 herzustellen. Ansuchen um Bewilligungen zur Haltung einer größeren Zahl von Tieren sind bei den Bezirksbauernkammern einzubringen. Übertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 2000 S oder mit Arrest bis zu sechs Monaten geahndet.

Dies ist, kurz dargestellt, der Inhalt dieser Verordnung. Was ist nun dazu zu sagen? Diese Verordnung, die die Unterchrift des christlichsozialen Bundeskanzlers Dollfuß trägt, stellt zweifellos einen ersten Eingriff in die Privatwirtschaft dar! Bisher gehörte es sozuzagen zu dem unveräußerlichen Menschenrecht jedes Österreicher, sich so viele Schweine zu füttern, als ihm gefiel. Jetzt ist es anders!

Wenn nun ein Arbeiter, der ein paar Foch Grund gepachtet hat, sich drei Säue füttern will, so muß er erst die Erlaubnis des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft einholen!

Die Antimargisten meinen mit der Entproletarisierung aber etwas ganz anderes als wir Sozialdemokraten. Sie wollen, daß die Arbeiter sich nicht mehr als Proletarier fühlen. Sie wollen sie in Gemeinschaften mit den Unternehmern bringen, in denen sie nur auf das Interesse des Betriebes, in dem sie gerade arbeiten und dafür mehr schlecht als recht entlohnt werden, bedacht sind. Sie meinen: Wenn der Arbeiter erst aufhören wird, sich ausgebeutet zu fühlen, dann ist er auch kein Prolet mehr. Ein frommer Wunsch, der nur allzu sehr an das Scherzwort gemahnt: „Zá red' mir ein, es geht mir gut!“ Nein, durch das Zusammenarbeiten in gemeinschaftlichen Verbänden mit den Unternehmern sind zwar die Arbeiter aller Wahrscheinlichkeit nach vermehrter Ausbeutung ausgefetzt, aber sie werden doch nur Proletarier bleiben, das heißt Menschen, die nichts anderes besitzen, als ihre Arbeitskraft, die sie vermieten müssen, um leben zu können. Das ist der Grund, warum die wirkliche Entproletarisierung des Proletariats nur im Kampf errungen werden kann. Die Aufhebung der Klassen kann nur das Ergebnis von Klassenkämpfen sein. Wer diese Erkenntnis erlangt hat, der ist eben Marxist. Wer hingegen den Arbeitern den Klassenkampf, der sie zur Befreiung von der Ausbeutung bringen wird, abgewöhnen will, der ist ein Antimargist.

Man muß gestehen: Eine sehr arge Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit! Wir stellen dies deshalb so nachdrücklich fest, weil die Christlichsozialen bisher so sehr für die „Freiheit der Wirtschaft“ eingetreten sind! Man lese einmal die Schrift „Praktische Agrarpolitik“, die der Katholische Volksbund 1926 gegen unser Agrarprogramm herausgegeben hat! In diesem Büchlein wird als stärkstes Argument gegen das sozialdemokratische Agrarprogramm angeführt, daß es „eine Fülle von Zwangsvorschriften“ enthalte. Nach der christlichen Weltanschauung, so heißt es dort, ist „der freie Bauer auf freier Scholle berechtigt und verpflichtet, selbst zu bräuen und zu entscheiden, was seiner Wirtschaft frommt“. Behördliche Kontrollen werden als „undurchführbar und des gesunden Freiheitsinnes und der kulturellen Reife unserer Bauernschaft unwürdig“ zurückgewiesen!

Seit 1926 scheint sich also die „christliche Weltanschauung“ und der „gesunde Freiheitsinn“ der Christlichsozialen sehr geändert zu haben!

Schärfstens zu tadeln an dieser Verordnung ist, daß die Bestimmung über die Schweinehaltung der Kleinbetriebe so unklar ist, und daß die gepachteten Grundstücke nicht eingerechnet werden. In den ländlichen Orten gibt es tausende Fabrikarbeiter und Eisenbahner, die ein paar Grundstücke gepachtet haben, um sich Schweine füttern zu können! So wie viele Kleinbauern, haben sie noch Futtermittel zugekauft und haben um ein Schwein mehr gefüttert, als sie für den eigenen Tisch brauchten, damit einmal eine größere Summe Geld ins Haus komme. „Siehst du“, sagte mir einmal ein Eisenbahner, „diese dritte Sau, das ist meine Sparkasse. Was ich so zierweise für Futtermittel ausgeben, das bekomme ich dann auf einmal beim Verkauf des Schweines zurück.“

Ist es sozial gehandelt, ist es wirtschaftlich nützlich, tausenden arbeitssamen Menschen die Nebenbeschäftigung zu verbieten und die Sparkasse zu zer schlagen? Ernst Winfler.

Beachtenswerte Kleinigkeiten!

Reklame.

Bankhäuser müssen Reklame machen. Das weiß jedermann. Insbesondere solche Bankgeschäfte, die sich mit dem Lotteriegewerbe befassen. Alle kennen die schreiende und umfangreiche Reklame der diversen „Glücksstellen“. Eine solche Reklame kostet natürlich sehr viel Geld.

Nun hat ein solches Bankgeschäft in Wien auch der gewesene christlichsozialistische Nationalrat Wancura als Alleinhaber. Wie nun alle gefälligen Zeitungen breitspurig berichten, hat unlängst dieses Bankgeschäft des Herrn Wancura (die Firma lautet Schellhammer u. Schattner) plötzlich sehr hohen Besuch bekommen. Niemand Geringerer als unser derzeitiger Finanzminister, Herr Doktor Buresch, erschien höchst offiziell in dem Bankgeschäft, um sich dort die Abteilung für die österreichische Klassenlotterie „anzuschauen“.

Wie also die Zeitungen berichteten, wurde der Herr Finanzminister „feierlich begrüßt“. Er begab sich alles genau und zeigte sich „sehr befriedigt“ von dem Gesehenen. Selbstverständlich kam alles „in die Zeitung“ und die Bevölkerung hat auf die zuverlässigste und billigste Art von dem Klassenlotteriegewerbe Kenntnis erhalten.

Alle können also „befriedigt“ sein, die Journalisten, der Herr Minister und der Herr Bankier. Weniger befriedigt allerdings werden die anderen Klassenlotteriegewerbetreibenden sein. Sie haben es eben nicht so gut wie ein Bankier vom Stephansplatz. Denen kostet ihre Reklame Geld.

Alle Methoden — auch in der Republik.

Die beiden ehemaligen Regierungsparteien, die Christlichsozialen und der Landbund, möchten wieder gern zusammenkommen, nachdem sie der Herr Starheimberg, der eine unsichtbare Nebenregierung etablierte, brutal auseinandergetrieben hatte. Nun fanden tatsächlich zwischen Landbund und Dr. Dollfuß Besprechungen statt, in denen offenbar die Frage eines künftigen Zusammengehens mit dem Landbund erörtert wurde. Es sind aber offenbar noch ein paar gewaltige Hindernisse zu beseitigen, bevor eine Rückkehr der Landbundler in die Regierung tunlich erscheint. Daher greift man zu der vor dem Krieg in solchen Fällen immer praktizierten Ausrede einer Erkrankung eines der Hauptbeteiligten. Diesmal galt es, die Verchiebung der für diesen Sonntag festgesetzten

Tagung der Reichsparteileitung des Landbundes plausibel zu machen. Der arme Vizelandler a. D. Franz Winkler hat daher — die Grippe bekommen. Dann stand noch ein praktisches Hindernis der bevorstehenden Versöhnung unserer Regierung mit den Landbündlern im Wege. Die Fahnenstangeführer und die Landbundler hatten sich nämlich in Wort und Schrift, in Versammlungen und Zeitungen auf das gräßlichste beschimpft. Daher hatte auch der gewesene Landbundesminister Schumh den obersten Führer der Heimwehnen, den Herrn „Fürsten“ Starheimberg gesagt. Nun hätte am 30. November beim Gericht hierüber die Verhandlung stattfinden sollen.

Nun wird gemeldet, daß diese Streitverhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, weil — die Vorladung dem Angeklagten Herrn Starheimberg wegen — Unaufmerksamkeit nicht zugestellt werden konnte. Also ganz dieselbe Methode bei einem politischen — sagen wir — A-aufjus. Erkrankt und vereist. Die Öffentlichkeit soll wahrscheinlich in diesem Stadium nicht erfahren, was die Herrschaften — voneinander halten.

Aber, ein Vorschlag zur Güte. Vielleicht erfährt das scheinbar unfundierte Bezirksgericht die Adresse des Herrn „Fürstchen“ im Hotel Imperial oder noch sicherer beim — Exekutionsgericht!

Kulturarbeit in Russland.

In zaristischen Russland wurden in den letzten zweihundert Jahren etwa hundert Hochschulen, darunter nur vierzehn technische gegründet.

Die Sowjetunion hat in sechzehn Jahren mehr als dreihundert technische Hochschulen eröffnet. Im zaristischen Russland konnte kein Arbeiter von Hochschulbildung träumen; in den Hochschulen der Sowjetunion sind siebzig vom Hundert Arbeiter.

In keinem anderen Land der Welt hat sich das Schulwesen jemals in einem so raschen Tempo entwickelt, wie in der Sowjetunion. In sechzehn Jahren wurden 42593 neue Schulgebäude errichtet.

Die Elementar- und Mittelschulen der Sowjetunion zählten im Jahre 1933 nicht weniger wie 25.600.000 Schüler, während im zaristischen Russland nur knapp acht Millionen Kinder Schulen besuchten. Den Schülern werden unentgeltlich Lehrmittel zur Verfügung gestellt, viele werden auf Staatskosten mit Schuhwerk und Kleidung versehen.

Beseitigung des Analphabetentums. Im Jahre 1913 wurden in Russland kaum tausend Zeitungen herausgegeben. Im Jahre 1930 erschienen im Sowjetland 5600 Zeitungen. Die Tagesausgabe der Zeitungen betrug im Jahre 1932 vierzig Millionen Exemplare.

Im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes haben 58 Millionen Analphabeten lesen und schreiben gelernt; 1933 wird mit dem Analphabetentum endgültig aufgeräumt sein.

Weltgeschehen

Internationale

Eine alleuropäische Wirtschaftstagung unter dem Vorsitz Coudenhove-Kalergis (Bild) hat in Wien getagt. Die „All-



europäer“ streben die Schaffung eines europäischen Staatenbundes an, von dem sie allerdings England und Rußland ausschließen wollen. Der frühere deutsche Reichstagspräsident Löbe (Sozialdemokrat) war einer der Förderer dieser Bewegung. Jetzt halten ihn die Nazi im Konzentrationslager gefangen.

Amerika verstärkt seine Flotte.

Der amerikanische Marineminister hat mitgeteilt, Amerika könne an seiner Abrüstungspolitik nicht länger festhalten, weil die anderen nicht abzurufen wollen.

Faschistisch-kommunistische „Freundschaft“.

Der russische Außenminister Litwinow hat sich auf der Rückreise von Amerika in Rom aufgehalten. Er wurde dort mit großen Ehrungen empfangen. Man konnte sich nicht genug daran tun, die herzlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem faschistischen Italien zu feiern. Ganz echt wird die gegenseitige Liebe aber kaum gewesen sein.

Wird Irland unabhängig?

Der irische Ministerpräsident De Valera scheint die Absicht zu haben, Irland in aller nächster Zeit vollständig von England loszulösen. Die englische Regierung hat die Fren auf die ernststen Folgerungen dieses Entschlusses aufmerksam gemacht. Einige Millionen Iren, die jetzt als englische Bürger in England leben, würden künftig als Ausländer betrachtet werden und ihre Stellungen verlieren. Das englische Parlament hat die Aussprache über die irischen Unabhängigkeitsbestrebungen am Dienstag begonnen.

Osterreich

Gömbös berichtet.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös war vorige Woche in Osterreich. Er jagte in den steirischen Staatsforsten, aber er fand auch Zeit zu einer Zusammenkunft mit dem Bundeskanzler Dollfuß. Was die beiden besprochen haben, wird in Osterreich nicht mitgeteilt. Gömbös hingegen hat seine Minister davon unterrichtet. Am Montag haben ihn die regierungsgegnerischen Abgeordneten im ungarischen Parlament so geärgert, daß er ihnen zornig erregt mit der Änderung der Verfassung und der Aussäulung des Parlamentis drohte. Man merkt es, er war in Osterreich zu Gast!

Aus den Landtagen.

Der Nationalrat tagt nicht. Da ist es kein Wunder, wenn sich die Landtage mit politischen Fragen beschäftigen. Vorige Woche haben wir über die Beratungen des niederösterreichischen Landtages über politische Angelegenheiten berichtet. Einen ähnlichen Verlauf nahmen auch die jüngsten Beratungen in den Landtagen von Tirol, Oberösterreich und Salzburg. Überall benützten die Sozialdemokraten die Gelegenheit, mit aller Entschiedenheit den Faschismus in jeder Form abzulehnen und die baldige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Nationalrates zu verlangen.

Katholische Schulen und Judenbeschränkung.

Der neue Parteiboss der Christlichsozialen, Dr. Czernak, tritt dafür ein, daß die allgemeinen Volks- und Hauptschulen durch Schulen ersetzt werden, in denen nur Kinder desselben Religionsbekenntnisses unterrichtet werden. Er verlangt also vor allem die katholischen Schulen unter Aufsicht der Geistlichkeit — ein alter Wunsch aller Pfäffischen. Czernak tritt auch dafür ein, daß an den höheren Schulen nur ein bestimmter, kleiner Hundertatz von Juden studieren dürfe. D je, o je, so werden die jüdischen Geldwender der Vaterländischen

Front zu solchen jüdenfeindlichen Absichten der Christlichsozialen sagen?

Der katholische Volksbund

ist einer der größten Verbände der Merikalen. Bisher war der Parteiboss der Wiener Christlichsozialen, Professor Prajser, sein Präsident. Über Wunsch des Kardinals Inniker ist Kraffer zurückgetreten und ein Prälat ist zum neuen Präsidenten gewählt worden. Inniker scheint zu erkennen, daß es für die Kirche nicht gut ist, wenn zwischen katholischen Vereinigungen und der antimarxistischen, christlichsozialen Partei allzu enge Beziehungen bestehen.

Wieder gegen das rote Wien.

Die Regierung Dollfuß hat eine Notverordnung erlassen, durch die zwei wichtige Wiener Steuern stark herabgesetzt worden sind. Bisher mußten in Wien reiche Leute, die sich zwei oder noch mehr Diensthofen halten, eine Steuer dafür bezahlen. Die erste Hausgehilfin war steuerfrei, für die zweite war S 416 im Monat Steuer zu bezahlen; für mehr Hausangestellte stieg die Steuer beträchtlich höher. Diese Steuer hat sicher keinen armen Teufel belastet. Wer sich zwei Diensthofen verköstigen und entlohnen kann, der kann auch S 416 Steuer im Monat dafür bezahlen. Den reichen Leuten hat diese Steuer aber nicht gefallen. Die Regierung Dollfuß hat sie jetzt durch Notverordnung abgeändert. Jetzt sind in Wien bis zu drei Hausgehilfinnen steuerfrei und bei noch mehr Hauspersonal ist der Steuerfuß ermäßigt worden. Die reichsten Leute in Wien sind sehr zufrieden damit, die Gemeinde Wien aber muß durch den Entfall an Einnahmen ihre Armenfürsorge einschränken. Auch die Wertzuwachsabgabe bei Hausverkäufen ist durch Verordnung wesentlich verringert worden. Darüber freuen sich wieder die Hausherren.

Die Simmeringer Schuhbündler verurteilt.

Am 16. Oktober 1932 verteidigten Republikanische Schuhbündler das Arbeiterheim in Wien Simmering gegen einen Angriff der Nazi. Es entstand eine Schießerei, bei der zwei Nazi und ein sozialdemokratischer Wachmann ums Leben kamen. Die Geschwornen haben die wegen Mordes angeklagten Schuhbündler freigesprochen. Weil der Staatsanwalt gegen den Freispruch berufen hatte, standen fünf Schuhbündler am Dienstag vor dem Wiener Schöffengericht. Sie wurden wegen Tötung bei einer Schlägerei zu sieben bis neun Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die Strafe ist durch die lange Untersuchungshaft bereits verbüßt.

Gegen den „Eisenbahner“.

Das Fachblatt der freien Eisenbahnergewerkschaft, hat das Bundeskanzleramt für drei Monate das Verbreitungsverbot verfügt. „Der Eisenbahner“ wird deshalb den Gewerkschaftsmitgliedern pünktlich mit der Post zugestellt werden.

Das arme Donawitz.

Die Alpine Stadt Donawitz kann ihren Gemeindegeldern nicht einmal mehr ihr Gehalt auszahlen. Das Land Steiermark ist der Stadt Donawitz Steueranteile schuldig, zahlt sie ihr aber nicht aus. Donawitz kann nicht einmal seine Schulen beheizen, es ist am Ende seiner Kräfte.

Wo ist der Starhemberg?

Die Post findet ihn nicht. Sie wollte ihm mehrmals eine gerichtliche Vorladung zustellen, da ihn der frühere landbündlerische Minister Schumy wegen Ehrenbeleidigung geklagt hatte. Starhemberg ist aber „unauffindbar“, obwohl er fast jede Woche irgendwo Versammlungsfreden hält. Schumy hat es schließlich aufgegeben, den Seimwehrführer vor Gericht bringen zu können und hat die Klagen gegen den Unerreichbaren zurückgezogen.

Im Anhaltelager.

In Wöllersdorf sind wieder ein paar Nazi eingeliefert worden. Unter ihnen befindet sich der reichsdeutsche Nazi Prinz Bernhard von Sachsen-Meinungen. Die hier „Angehaltenen“ müssen für ihre Verköstigung und Bewachung täglich 6 S zahlen. Billig ist der Preis gerade nicht. Der frühere Wiener Nazigauleiter Frauenfeld wurde verhaftet und wegen Verdachtes des Hochverrates ins Landesgericht eingeliefert. Er soll einen beschlagnahmten Naziauftrag verfaßt haben. Die Einrichtungsgegenstände aller Wiener Naziheime sind beschlagnahmt worden.

Hecht ist abgeschwommen.

Dr. Hecht war Vauguins bester Berater. Er hat auch herausgefunden, daß man das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz so verwenden könnte, wie es jetzt täglich geschieht. Doch Undank ist der Lohn! Hecht mußte gehen und viel — hinaus! Er wurde Vizegouverneur der Postsparkasse, ein schönes, einträgliches Geschäft für eine abgebaute Stütze des abgebauten Generals Vauguin.

Aus aller Welt

Der Streit unter den deutschen Protestanten

wird immer heftiger. Die Pastoren der Deutschen Christen liegen sich gegenseitig in den Haaren. Die einen wollen an der „verjudeten Bibel“ festhalten, die anderen verlangen nach einem deutsch-heidnischen Christentum. — Wieder sind mehrere katholische Geistliche verhaftet worden.

Zwei Hochgekommene.

Die Nazi ist in Deutschland als staatliche Einrichtung erklärt worden. Die



beiden Naziführer Heß und Röhm (Bild) sind zu Reichsministern ernannt worden.

Der Reichstagsbrandprozess

dauert nun schon über 50 Verhandlungstage. Die Schuld der Angeklagten ist zwar nicht erwiesen worden, sie werden aber trotzdem verurteilt werden.

Bravo, Schweizer!

Jetzt ist auch in der schönen Stadt Vevey am Genfer See eine sozialdemokratische Mehrheit gewählt worden. Die neue sozialdemokratische Kantonregierung von Gené hat es als ihre erste Aufgabe bezeichnet, die Hinterbliebenen der am 9. November 1932 erschossenen Genéer Arbeiter zu entschädigen, die Arbeitslosenhilfe zu verbessern und eine großzügige Arbeitsbeschaffung einzuleiten. Zum Vorsitzenden des Schweizerischen Nationalrates ist der Sozialdemokrat Huber gewählt worden.

Nachrichten aus Frankreich.

Die neue Regierung Chautemps hat sich im Pariser Parlament mit einer sehr kurzen Regierungserklärung vorgestellt. Sie hofft, für ihren Staatshaushaltsplan eine Mehrheit zu finden. — Die aus der sozialistischen Partei ausgetretenen Abgeordneten haben eine „Neusozialistische Partei“ gegründet; diese Abspaltung ist

Agrarpolitische Rundschau

Es ist uns ein spanisches Dorf.

Wissen die Osterreichischen Kleinbauern, daß es ihnen schlecht geht? Zu wohl, das muß man ihnen nicht erzählen. Wissen die Osterreichischen Kleinbauern, daß es auch den Kleinbauern in anderen Ländern schlecht geht? Vielleicht! Aber es scheint, die Osterreichischen Kleinbauern wissen nicht, daß es ihnen allen aus dem gleichen Grunde schlecht geht, weil sie nämlich alle dem Handelskapital, dem Hypothekenzinsspiel, dem großen Grundbesitz, der Großfinanz und dem von der Bourgeoisie beherrschten Steuerstaat tributpflichtig sind. Dabei macht es wenig Unterschied, ob sie schon direkte Staatsknechten sind, wie in Deutschland oder ob sie die Freiheit genießen, im mörderischen Lebenskampf sich selbst ausbeuten zu dürfen, wie in den sogenannten demokratischen Ländern. Sie satt essen und ein schönes Leben führen, das sind für sie längst spanische Dörfer.

Ganz falsch. Wie sieht es denn im spanischen Dorf in Wirklichkeit aus? Wir lesen in dem hochinteressanten Reisebuch des russischen Schriftstellers Ija Ehrenburg „Spanien von heute“ zum Beispiel von den Dörfern am Sanabiassee:

Die Bauern haben wenig Land, und das, was sie haben, ist nicht Land zu nennen. San Martin de Castañeda zählt 330 Einwohner. Wie in jedem spanischen Dorf ein Gewimmel von Kindern: die Armen hier setzen mit eingefleischter Ausdauer Kinder in die Welt. Hungerige Kinder. Statt Hütten schwarze veräuferte Viehhäute. Unvorstellbar, daß Menschen klandig so leben können. Flüchtlinge? Abgebrannte? Nein, tributpflichtige Seelen. Niemand rührt eine Hand für sie, doch Jahr um Jahr schicken sie alles, was sie dem elenden Boden abringen können, 2500 Reales (ist gleich 1800 S) dem hochgebietenden Grundherrn, der von seinem Herrn Papa neben anderen Gütern das atterwürdige Recht auf den Grundzins geerbt hat. Gemeinwärtig heißt dieser Herr José San Ramon de Bobilla. Er ist Advokat. Er besitzt ein prächtiges Haus in Pueblo de Sanabria, gleich neben dem Schloß. Er hat eine Menge Klienten. Dem Mann fehlt es an nichts, aber als Advokat, der die Gesetze kennt, weiß er: die Bauern des Dorfes San Martin de Castañeda haben ihm jährlich 1800 S zu zahlen. Reiche Leute verzichten nicht auf Geld, die Bauern erhalten alljährlich die Zahlungsforderung. Sie schicken Geld, Señor José San

sehr bedauerlich. Sie schwächt den Einfluß der französischen Arbeiter auf die Geschicke ihres Landes.

Der zweite Wahlgang der spanischen Parlamentswahlen

hat das Ergebnis des ersten Wahlganges bestätigt. Die liberale Reaktion ist obenauf, das wird das spanische Volk bald zu spüren bekommen.

Das Schicksal des Saargebietes.

Im Saargebiet soll nach dem Versailler Friedensvertrag in zwei Jahren eine Volksabstimmung stattfinden, ob es wieder an Deutschland angegliedert zu werden wünscht. Die Bevölkerung des Saargebietes ist ganz deutsch. Es ist kennzeichnend für die Beliebtheit des Nazifaschismus, daß die Bewegung, nicht mehr zu Deutschland zurückzukehren, im Saargebiet immer stärker wird.

So macht es die Türkei!

Die türkische Regierung hat eine ganze Anzahl bekannter deutscher Gelehrter, die in Deutschland nicht mehr unterrichten dürfen, weil sie nicht „rassefrei“ sind oder Südtürken geheiratet haben, an die Universität von Konstantinopel berufen. Die österreichische Regierung hat es bekanntlich unterlassen, diese Forscher und Professoren für die Osterreichischen Hochschulen zu gewinnen.

Japan wird Krieg führen.

Nach dem japanischen Staatsvoranschlag für das nächste Jahr werden fast die Hälfte aller Staatsausgaben für militärische und Rüstungszwecke gemacht werden. Der Finanz-



minister Takahashi (Bild), der nicht weiß, wo er das viele Geld für diesen Rüstungswahnsinn austreiben soll, ist zurückgetreten.

Ramon de Bobilla quitiert. Am anderen Ende des Sees liegt das zweite Dorf: Ribadella. Hier hängen die Bauern mit gleichem Feuerifer. Noch weniger Land, winzige Kartoffeläcker, die wie Miniaturgemüsejagden aussehen. Man ist Kartoffeln und Gerben, ist vorzüglich, damit der Vorrat reicht. Duimige Hütten, finstere Baracken ohne Fenster. Klänge, die man nur selten anzuhört — ist unerschwinglich. In so einem Loch haufen sich, acht, zehn Personen, Kaulen, Greise, Kinder, bunt durcheinander. Es gab einmal eine Schule, der Lehrer wurde verjagt, einen neuen bezog man zu schiden. Und wie soll man denn auch lernen mit leerem Magen?

Also so sieht das spanische Dorf aus — eine Wüstenlandschaft des Kapitalismus. Deswegen Kapitalismus, der sich einredet, den Bauern zu helfen, wenn er den Städtern etwas wegnimmt, wie bei uns. Wir wären bereit zu weiten, daß es den Osterreichischen Kleinbauern nicht um ein Jota besser geht, seitdem der Milchausgleichsfonds, an dem gerade jetzt wieder herumgehört wird, den Milchpreis in der Stadt hoch hält und damit die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung verschlechtert, die dem Bauern außer Milch doch auch noch Fleisch, Butter, Eier, Wein usw. abkaufen soll.

Aber wir verstehen schon, im Kapitalismus ist sich jeder selbst der Nächste. Da gibt es einen wirklichen Interessengegensatz zwischen Stadt und Land, wenn gleich er mehr als notwendig betont wird, um die tiefe Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen, die in der Stadt ebenso vorhanden ist wie auf dem Land, zu verdecken. In unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ist an eine Überwindung des schmerzlichen traurigen Gegensatzes zwischen den arbeitenden Menschen auf dem Dorf und den arbeitenden Menschen in der Stadt nicht zu denken. Wird die ständische Ordnung dieses Antifaschismus vollbringen? Vorläufig kommt die Herstellung der Volksgemeinschaft aller Besitzenden und Besitzlosen nur in Sonntagsreden über den Ständestaat vor. Noch niemand hat verraten, wie der Klassengegensatz anders als im Sozialismus überwunden werden soll. Und drum ist und bleibt der Ständestaat so vielen Menschen ein spanisches Dorf!

Wallner macht österreichische Politik.

Herr Josef Wallner ist von Beruf Solzhändler, außerberuflich „Gausführer“ des Heimatschutzes für das Gebiet der Eisenwurzen. In letzterer Eigenschaft ist er der breiteren Öffentlichkeit, die sonst für Solzhändler kein besonderes Interesse hat, erst bekannt geworden. Man weiß zwar wenig über die militärischen Kenntnisse des Herrn Wallner, es steht daher jedermann frei, ihn für einen „Clauzewitz“ oder „Napoleon“ zu halten. Um so mehr aber kennt man ihn als Politiker, da gibt er fast jede Woche seine Meinungen durch Reden kund. Daß er die Sozialdemokraten grimmig haßt und bekämpft, versteht sich bei ihm ganz von selbst; er hat sich in dieser Beziehung auch niemals Zurückhaltung auferlegt und war immer einer der ersten im Kampfe gegen uns. Aber seine Feindschaft gegen die Sozialdemokraten ist's nicht allein, die ihn zu einer hervorragenden Persönlichkeit machen: von Zeit zu Zeit bricht er unter irgendeinem Vorwand immer wieder mit den Christlichsozialen einen Streit vom Zaune, so unter anderem erst jüngst wieder bei der vaterländischen Kundgebung in Amstetten.

Wie bekannt, hat er damals in einem Gausbefehl dem Heimatschutz die Teilnahme an der Kundgebung verboten. Es hat freilich wenig genützt, denn es haben trotz Verbot viele Gausführer daran teilgenommen. Die Bezirksleitung der vaterländischen Front veröffentlicht nun in der letzten Nummer der „Höchstal-Zeitung“ eine Klarstellung, die, wenn sie richtig ist, Herrn Wallner in keinem günstigen Licht erscheinen läßt. Danach hätte der Heimatschutz von allem, was in der vaterländischen Front des Bezirkes Amstetten bisher geschehen ist, gewußt, ja geradezu daran mitgewirkt. Und trotzdem der Seitenprung des Herrn Wallner, wodurch unmittelbar vor der Kund-

gebung die Einigkeit (?) der „Vaterländer“ einen so bedrohlichen Nitz erhalten hat.

Herr Wallner war ja immer eine Berlegenheit. Lange Zeit gab es zwischen Heimatschutz und Christlichsozialen in Amstetten Differenzen, sie sind, wie sich zeigt, auch heute noch nicht beigelegt. Wallner lebt in der Einbildung, er sei eine politische Potenz. Diese Überhöhung seiner Person verleitet ihn zu einer Laune, die nur mit einem Mißerfolg enden kann. Er will mehr Macht, als ihm ziffernmäßig zukommt. Da werden in Versammlungen Forderungen aufgestellt und Dritten festgelegt, innerhalb deren sie erfüllt werden müssen. Und es sind gar keine geringen Dinge, um die es sich da handelt, zum Beispiel „die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei“ und anderes. Herr Wallner hat angeblich jüngst eine Aussprache mit dem Bundeskanzler gehabt, wo er „forderte“! Was — das ist aus seinen Reden bekannt. Er scheint aber wenig Glück gehabt zu haben, denn ein Bundeskanzler hat bei aller Gegnerschaft gegen die Sozialdemokraten doch die Pflicht, über die Rasenspitze hinauszusehen, da er ja auch die Verantwortung trägt, die Herr Wallner, der über Amstetten kaum hinausgeht, wenig beschwert. Wenn es nach dem Herrn Wallner ginge, wäre in Österreich schon heute das Chaos. Es ist für unser Land nicht sehr erhebend, wenn Leute, wie dieser Gausführer, eine solche Rolle spielen. Aber das sollen sich diejenigen mit ihm ausmachen, die durch ihr Verhalten dazu beigetragen haben, daß der Mann bei der Heimwehr eine Rolle spielen kann. Uns lassen die Forderungen des Herrn Wallner vollständig kalt. Schließlich vertrauen wir doch darauf, daß die Bernunft siegen wird, und dann hat Herr Wallner — ausgepielt.

Ein sozialdemokratischer Antrag für die Bauarbeiter.

Am 21. November hielt der niederösterreichische Landtag eine Sitzung ab. In dieser Sitzung sprach Abgeordneter Genosse Heimrich Widmayer ausführlich über die Mißstände bei den öffentlichen Bauten. Wir haben die Rede des Genossen Widmayer in unserer letzten Nummer auszugeweiht wiedergegeben. Heute wollen wir auch den Antrag veröffentlichen, den Genosse Widmayer namens der Sozialdemokraten gestellt hat. Dieser

Antrag

lautet wörtlich:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Landesbauamt anzuweisen, daß zu den allgemeinen Baubedingungen bei allen Bauten, die durch das Landesbauamt ausgeschrieben, vergeben oder unter Aufsicht des Landesbauamtes durchgeführt werden, nachfolgende Bedingungen vorgeschrieben werden, die der Auftragserteiler genau einzuhalten hat:

Der Auftragserteiler hat alle zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter sowie zur Verhütung von Unfällen nötigen Vorkehrungen auch insoweit zu treffen, als eine diesbezügliche gesetzliche Verpflichtung nicht besteht.

Er hat einen gut beschriebenen Raum zur sicheren Aufbewahrung der Kleider der Arbeiter und der von den Arbeitern benötigten Werkzeuge und Behälter bereitzustellen. Ebenso hat er eine Unterkunft, in der die Arbeiter vorübergehend vor Unbilden der Witterung Schutz finden können, bereitzustellen.

Bei allen Arbeiten gilt

der gesetzliche Achtstundentag.

Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit haben, soweit diese den gesetzlichen und behördlichen Vorschriften entsprechen und zulässig sind, mit einem 25prozentigen Lohnzuschlag für Überstunden und einem 50prozentigen Lohnzuschlag für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit entschädigt zu werden. Bei der Festsetzung der Entlohnung der Arbeiter ist der, in dem Gebiet, in dem die Baustelle liegt, geltende Bauarbeiterkollektivvertrag einzuhalten. Besteht in dem Gebiet, in welchem sich die Baustelle befindet, kein Kollektivvertrag, so sind zwischen dem Auftragserteiler und den beschäftigten Arbeitern, beziehungsweise Angehörigen oder deren Berufsvertretung Lohnvereinbarungen abzuschließen. Diese Lohnvereinbarung darf aber in ihrer Gesamtheit nicht ungünstiger sein, als die Lohn- und Arbeitsbedingungen für ähnliche Arbeiten in der näheren, beziehungsweise weiteren Umgebung der Baustelle sind.

Bei Vergabe von Affordarbeiten

gilt der vereinbarte Stundenlohn als Mindestverdienst. Zur Handhabung dieser Vertragsbestimmung hat der Unternehmer, beziehungsweise Subunternehmer, über Verlangen die gegenständlichen Lohnlisten und Verträge vorzulegen. Bei vereinbarten Erdbereitungen hat der Unternehmer den Arbeitern, beziehungsweise deren Berufsvertretung Gelegenheit zu geben, die Mithaftigkeit der errechneten Submeteranzahl nachzuprüfen.

Die Lohnauszahlung.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die verdienten Löhne an den bestimmten Zahltagen pünktlich und restlos zur Auszahlung zu bringen. Im Falle nachgewiesener Säumnisse des Erhebers oder eines Subunternehmers steht dem Bauauftraggeber, abgesehen von der Unveränderlichkeit der Bestimmung über die vorzeitige Lösung des Vertragsverhältnisses das Recht zu, die Arbeiter auf Kosten des Bauauftraggebers in befriedigender und die hierzu verwendeten Beiträge

bei der Bauabrechnung dem Bauauftragserteiler in Anrechnung zu bringen.

Die mit der Durchführung von Bauarbeiten betrauten Baugewerbetreibenden sind verpflichtet, die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge pünktlich zu bezahlen.

Wenn sich die Notwendigkeit ergibt, zur Durchführung der erfindenen Leistungen Arbeiter neu aufzunehmen, so sind diese vom Ersteller unbedingt bei den zuständigen Arbeitsämtern anzubringen.

Der Antrag des Genossen Widmayer wurde der Landesregierung zur Erledigung zugewiesen.

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Mit 30. November wurden im Sprengel der Industriellen Bezirkskommission St. Pölten folgende Arbeitslose gezählt:

Arbeitslosennamnt	Stand der Arbeitslosen	hieron weiblich
Amstetten	1.402	242
Hainfeld	767	103
Krems a. d. D.	2.099	252
Böcklarn	3.273	176
St. Pölten	8.484	1.735
Trautson	1.458	229
Waidhofen a. d. Y.	1.996	127
Summe	18.979	3.164

Seit 15. Oktober hat die Zahl der Arbeitslosen um 1864 Personen zugenommen. Dieser anstehenden Darstellung gegenüber zerflattern alle Behauptungen von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in nichts. Wenn die „Höchstal-Zeitung“ behauptet, die Zahl der Arbeitslosen sei um tausende gesunken und daraus den Schluß abzuleiten sucht, daß der Kampf der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit bereits einen Erfolg erzielt hat, so können wir schon jetzt und werden es im weiteren Verlauf der Wintermonate nachzuweisen, daß das „eitle Spiegelfechter“ ist. Wohl ist heuer im Sommer die Arbeitslosigkeit etwas geringer gewesen als im Vorjahr. Dafür war aber auch die Zahl der Ausgesetzten viel höher. Wenn die „Höchstal-Zeitung“ die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute fragen würde, könnte sie hören, daß der Umsatz ständig zurückgeht. Das Glend hat im Jahre des „autoritären Kurses“ die höchste Stufe erreicht, das wird auch durch die Winterhilfe noch bestätigt werden, deren Ertrag im allgemeinen bis jetzt nicht erhebend ist.

Bezirk Amstetten

Amstetten. Weihnachtsfriede. Bekanntlich hat die Regierung ein Verbot erlassen, wonach in der Zeit vom 1. Dezember 1933 bis 15. Jänner 1934 alle Veranstaltungen, die nicht einem wohlthätigen Zweck dienen, zu unterlassen sind. Nun fand aber Sonntag eine Inbetriebnahme des Heimwehrichterkorps statt. Die Formationen marschierten in — sagen wir militärischer Ordnung? auf. Wir mühen nicht, wie sich die Herrschaften den Weihnachtsfrieden vorstellten, doch scheint es, daß die friedliebende Bevölkerung, wie man sie sonst immer nennt, an einem solchen Frieden gar kein Interesse hat. Wir können auch gar nicht verstehen, wo doch im letzten Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft ausdrücklich auf diesen Erlaß hingewiesen wurde, daß diese Veranstaltung im Beisein des Bezirkshauptmannes stattfinden konnte. Oder gilt dieser Erlaß für die

Staatsbürger zweiter Klasse? Nun ja, die Früchte einer solchen Politik, das beweist die Geschichte, haben noch immer lauer geschmeckt.

Amstetten. Vom Konsumverein. Die Konsumgenossenschaft beizt jetzt in Amstetten drei Filialen, es ist somit jedem leicht möglich, seine Einkäufe dort zu besorgen. Die Leitung ist bestrebt, den Mitgliedern gute Waren zu bieten. Auch andere Begünstigungen sind mit der Mitgliedschaft verbunden. Jedermann kann Mitglied werden. Die Beitrittsgebühr beträgt nur 50 Groschen. Beitrittserklärungen sind in den Filialen und bei den Funktionären erhältlich.

Markt Ardagger. Schmalfilmvorführung. Mittwoch, den 29. November, fand in Högers Gastwirtschaft eine gut besuchte Schmalfilmvorführung statt. Der zur Aufführung gelangende Film „Sturm über Äfen“ fand ein dankbares Publikum und wurde überall der Wunsch laut, auch in nächster Zeit etwas Ähnliches geboten zu sehen.

Wallsee an der Donau. Genossen, helft! Die Lokalorganisation in Wallsee, in deren Wirkungsbereich die Arbeitslosigkeit schwerer als irgend anderswo laftet — sind doch alle Genossen arbeitslos und zum größten Teil ausgesteuert —, ersucht um Unterstützung durch Überweisung von Spenden an die Adresse ihres Obmannes Genossen Franz Glaninger, damit die Not doch einigermaßen gelindert werden kann. Spenden jeder Art werden dankbar entgegen genommen und würden die Genossen unter anderem auch Kinder, die sie nirgends bekommen, geschweige denn kaufen können.

Wallsee an der Donau. Freiwilliger Arbeitsdienst. Ein Arbeitsdienstlager wurde hier errichtet, das zurzeit rund 40 Arbeitsdienstler beherbergt. Da die Möglichkeit besteht, großzügige Donauraularbeitungsarbeiten durchzuführen, soll der Stand auf einige Hundert gebracht werden. Unter der hodenständigen Arbeiterchaft hat diese Aktion besonders Mißtrauen ausgegost und so mancher arbeitslose und ausgesteuerte Familienerhalter, der bisher bei der Donauraularbeitung beschäftigt war, sieht sich zu fernem gewinnigen. Betrachtet man die Arbeitsleistung der Arbeitsdienstler (das Exerzieren ausgenommen), so läßt diese natürlich sehr zu wünschen übrig. Kein Wunder, wenn schließlich die verschiedensten Professionisten, die gewiß harte Arbeit zu verrichten haben. Rechnet man dann noch die entstehenden Unkosten pro Kopf und Tag aus (man braucht hier nur an den Bau der sicherlich kostspieligen Wohnbaracken, deren Einrichtung usw. denken), so ergibt sich eine Summe, um die die Arbeiter Wallsees, die unter der Arbeitslosigkeit mehr als an irgendeinem anderen Ort im ganzen Gebiet zu leiden haben, mit Vergnügen arbeiten würden, wobei auch die Geschäftslente durch erhöhten Umsatz auf ihre Rechnung kämen.

Bez. Waidhofen a. Y.

Stadt Waidhofen. Boranschlag. Seit Samstag, den 2. Dezember, liegt bei der Stadtgemeinde der Boranschlag für das Jahr 1934 durch 14 Tage zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Die Sozialdemokraten geben sich alle Mühe, den Vorkriegsstand über den vorjährigen Betrag zu erhöhen, was jedoch angesichts der knappen Mittel der Gemeinde nicht gelang. Auch in anderen Gats (wie beispielweise im Bauwesen) konnte keine Erhöhung erreicht werden, weil die Bürgerlichen es ablehnten, über einen Selbstbetrag von 30.000 S im Boranschlag hinauszugehen. Es ist notwendig, daß sich die Genossen Elnicht in den Boranschlag während des Auflegens verschaffen.

Waidhofen an der Ybs. Todesfall. Am 2. Dezember wurde Genosse Haberjellner unter großer Beteiligung aller, die ihn kannten, zu Grabe getragen. Und wer hat ihn nicht gekannt, diesen Menschen, der durch 42 Jahre in Waidhofen, teils beim Fehrmüller, teils beim Weinwerk, gearbeitet und Werte geschaffen hat. Dieser liebenswürdigen Parteigenossen, der kein Stürmer, aber immer dort am Platze war, wo es galt, die Rechte der organisierten Arbeiterchaft zu verteidigen. In den letzten Monaten hatte ihn freilich eine schwere Krankheit an das Bett gefesselt, welches der große, riefenstarke Mensch nur noch als Toter verlassen sollte. Haberjellner war 74 Jahre alt und hinterläßt eine tieftrauernde Witwe, Genosse Kaltenbrunner sprach am Grabe einige Worte des Abschiedes im Namen der Altersrentner, deren Mitglied der Verstorbene gewesen. Ehre seinem Andenken.

Opponitz. Ortsbibliothek. Die Lokalorganisation gibt bekannt, daß es durch das Entgegenkommen des Betriebsrates der Wasserkraftwerke ermöglicht wurde, den Großteil der Bücher ihrer Bibliothek gegen neue auszutauschen. Wer daher über die Wintermonate Lesestoff benötigt, kann diesen bei Genossen Oskar Riejsch jederzeit erhalten. Die Benutzung der Bibliothek steht jedermann gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung.

Opponitz. Theateraufführung. Die in der Vornummer der „Eisenwurzen“ erschienene Boranzeige des Arbeitergeiang-

Der Jugend etwas Gesundes zum Frühstück. — etwas Nahrhaftes: natürlich



den echten Kneipp Malzkaffee

vereines „Harmonie“ wird dahin richtiggestellt, daß die Theateraufführungen der Bauernkomödie „Der verbotene Weg“ erst Samstag, den 9. Dezember, um 8 Uhr abends und Sonntag, den 10. Dezember, um 3 Uhr nachmittags im Gasthofsaal des Herrn Leopold Ritz stattfinden. Es wird aufmerksam gemacht, daß ein Teilbetrag vom Reinertragnis der Schule für die Winterausstattung der Kinder zuerkannt wird. Vorverkaufstarten, und zwar Sitzplätze bei Tischen 1 S, für Arbeitslose 50 Groschen, sind bei Genossen Gottfried Menk zu erhalten. Die Vereinsleitung.

Bezirk Gaming

Gaming. Weihnachten der Arbeitslosen. Der Winter hat sich beizeiten eingestellt, Eis und Schnee liegen auf den Fluren und bald naht wiederum das Weihnachtsfest mit seiner frohen Gottheit: „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Die Gloden werden feierlich erklingen, um den Menschen diese Gottheit zu verkünden. Weihnachtsfest! Fest der Freude und vor allem: Fest der Liebe, Fest des gegenseitigen Schenkens. Doch für viele Tausende wird heuer dieses Fest der Liebe und Freude ein Tag der Traurigkeit, ein Tag des Verzagens und der Hoffnungslosigkeit sein. Wohl demjenigen, der noch Freunde und Verwandte hat, die noch in solchen Verhältnissen leben, daß sie etwas verschenken können. Wohl auch denen, die von irgendeiner Seite eine Unterstützung in ihrer Not erhalten. Aber wie viele werden es sein, die am „Heiligen Abend“ auf der Landstraße stehen, mit hungrigem Magen, leeren Taschen und die mit traurigen Gedanken an die Worte denken: „Und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Viele werden an ihre Kindheitstage zurückdenken und sich in ihrer Erinnerung das damalige Fest der Liebe ausmalen, wie der Vater trotz seiner Armut bemüht war, seinen Lieben eine Kleinigkeit unter den Weihnachtsbaum zu legen, wie die Mutter trotz der Knappheit ihrer Kasse ihren Kindern Gaben aufbaute. Und heuer? — Wie viele werden es sein, die an diesem „Heiligen Abend“ unter irgendeinem schützenden Dache sich schlafen legen und voll Groll an die Zeiten denken, da die Mutter noch für sie sorgte. Doch gibt es auch heute noch Menschen, die Weihnachten nach altem Brauch und Herkommen feiern können. Sie können sagen: „Und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Der Arbeitslose, der Ausgesetzte und Obdachlose wird alle Anherlichkeiten des Weihnachtsfestes miterleben, aber die Wirkung in seinem Inneren wird eine ganz andere sein als bei denen, die dem Klang der Gloden mit vollem Magen lauschen. In ohnmächtiger Zorn wird er an die Welt denken, in der solche Zustände möglich sind. Aller Weihnachtszauber wird in nichts zerrieben, wenn er bei einem Rundgang durch die Straßen die vielen Kostbarkeiten in den Auslagen sieht, aber nichts kaufen kann. Wie soll eine Feiertagsstimmung, eine Weihnachtsstimmung Platz greifen, wenn die Wunschträume seines Kindes täglich zusammenbrechen oder höchstens in einem Stück trockenen Brotes Erfüllung finden? Selbst beim zahmsten, demütigsten Menschen muß ein Gefühl tiefer Bitterkeit aufsteigen, wenn er sieht, wie ihm und den Seinen mitgespielt wird. Nein, Weihnachten wird in diesen Zeiten für Millionen kein Tag der Freude sein, sondern ein Tag „feilischer Marnern“. Und unwillkürlich wird sich bei allen, die hungern und frieren, die Frage aufdrängen: Wo bleibt die Verheißung des tausendjährigen Reiches, wie es der Begründer der christlichen Lehre angekündigt hat? 1900 Jahre später, im Zeitalter der technischen Revolution, des Triumphes menschlichen Erfindungsgeistes, ist der Passenhunger wieder ständiger Gast geworden, ein Glend ist wieder eingekehrt, wie es kann jemals in der Geschichte vorhanden war. Weihnachten — ein Fest der Freude! Ja, für die, die etwas haben — für die anderen ist es nur die Zeit vermehrter Qualen.

Bezirk Scheibbs

Wieselburg. Argumente der Gegener. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde der Wandkasten der Partei von unbekannten Tätern beschädigt und die Wandzeitung heransgerissen. Schon am Sonntag war durch das Gitter ein Loch in die Wandzeitung gerissen worden, und zwar in die bekannte Karikatur: „Zwischen den Fronten“. Wir wissen schon, daß den Herr-

schaften die „Sozialdemokratischen Nachrichten“ ein Dorn im Auge sind. Wenn sie aber meinen, mit so kleinlichen Mitteln den Marxismus bekämpfen zu können, dann irren sie sich gewaltig! Sie dokumentieren im Gegenteil ihre Unfähigkeit, uns zu widerlegen. Allerdings, wenn ihre Argumente von solcher Beschaffenheit sind, kann man sich wohl ausmalen, wie es in einem solchen Lausbubenhirn aussieht. In alten Demokratien, wie beispielsweise in England, würde eine solche Handlungsweise gewiß nicht mit fair play bezeichnet werden.

Burgstall. „Sturm über Wien.“ Die Schmalfilmvorführung, die unter obigem Titel am Donnerstag, den 30. November, im Kinosaal stattfand, wies einen sehr guten Besuch auf, der in erster Linie der unermüdbaren Arbeit der Parteifunktionäre zu danken ist. Der Film wurde mit Beifall aufgenommen und zeigte die Veranstaltung so recht, daß die Jugend, die zahlreich erschienen war, die treibende Kraft, der beste Teil der Partei ist. Es geht vorwärts in Burgstall und dies nur deshalb, da die neue Jugend mit neuen Mitteln die Parteiorganisation Burgstalls führt.

Scheibbs. Todesfall. Am Dienstag, den 28. November, ist unser Genosse Franz Lichtenegger, Oberwerkmeister der Gemeinde Wien, gestorben. Lichtenegger war noch einer von der alten Garde, da er der Partei durch mehr als vier Jahrzehnte angehörte. Die Lokalorganisation Scheibbs verliert an Genossen Lichtenegger einen ihrer besten Mitarbeiter. Das Leichenbegängnis fand den 30. November unter zahlreicher Beteiligung am heiligen Friedhof statt. Ehre seinem Andenken.

Scheibbs. Dr. Karl Renner in Scheibbs. In einer für Sonntag, den 26. November, von der Lokalorganisation Scheibbs einberufenen 2-Verammlung sollte als Referent Genosse Dr. Karl Renner sprechen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in der Stadt die Nachricht, daß unser erster Staatskanzler in einer Verammlung in Scheibbs spricht. Es war also kein Wunder, wenn es eine Massenversammlung geworden wäre. Selbst die Behörden schienen anfangs keine außerordentlichen Schwierigkeiten bereiten zu wollen, aber siehe da — in den letzten Amtsstunden des Samstag bäumte sich der Amtsschimmel doch auf und die Verammlung wurde von der Bezirkshauptmannschaft verboten. Gründe, die das Verbot rechtfertigen, müssen ja zum Schein angeführt werden und so heruft sich die Bezirkshauptmannschaft Scheibbs in ihrem Verammlungsverbot darauf, daß: 1. Genosse Dr. Renner sicherlich über die politische Lage des In- und Auslandes sprechen wird, was nicht erlaubt sei; und 2. daß die Gefahr von Gegenaktionen bestehe, womit die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet werden könnte. Der erste Grund des Verammlungsverbotes wirkt einigermaßen sonderbar, denn die Bezirkshauptmannschaft hätte zu dieser Entscheidung eigentlich schon zu Anfang gelangen müssen, nicht erst im letzten Augenblick. Wenn aber die Furcht vor einer Gegenaktion die wirkliche Ursache gewesen ist, dann ist das Vorgehen der Behörde noch sonderbarer, denn sie hätte in diesem Falle nur das zu tun gebraucht, was sie in letzter

Zeit wiederholt getan hat — nämlich durch Vereinfachung genügender Kräfte für den unge störten Verlauf der Verammlung Sorge zu tragen. Aber da liegt ja der Hund begraben: Der Mann, der in der Zeit des Zusammenbruchs durch sein Wirken das Leben der Österreicher gesichert hat, ist kein Angehöriger der „Vaterländischen Front“, ihm gegenüber braucht man also keine Geschicklichkeit zu machen. Schon bei dem Zug, in dem man Genossen Renner vermutete, standen mehrere Gendarmeriebeamte bereit, offenbar, um ihn sofort in liebevolle Obhut zu nehmen. Als Dr. Renner plötzlich und vollständig ohne schützende Begleitung in unserm Verammlungslokal erschien, waren schon zwei Gendarmeriebeamte dort anwesend und postierten sich in unmittelbarer Nähe von ihm. Später erschien noch ein Regierungskommissär, begleitet von fünf Gendarmeriebeamten im Verammlungslokal, um sich von der strikten Einhaltung des Verammlungsverbotes persönlich zu überzeugen. Das war aber schon mehr Grund zur Heiterkeit als zur Aufregung. — Wir haben die Republik geschaffen und denken nicht daran, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu fördern. Wir verzichten sonst auch gern auf Schutz unserer Verammaltungen und hoffen nur, daß sich die Behörden in Einkunft nicht gleich von jedem herumziehenden Pfannensieder ins Bodshorn jagen lassen.

Bezirk Ybbs

Ybbs. Gemeinderatsitzung. Am 29. November fand eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Zunächst wurde ein Grundtausch der Gemeinde Ybbs mit dem Bürgerhospital Ybbs verhandelt, damit die Wewerber um Baugrund, und zwar die Ehegatten Alois und Theresia Gerersdorfer, Fräulein Anna Schärner und Herr Leopold Weichinger, befriedigt werden können. Wird zustimmend erledigt. Die Anwendung der Bauerleichterungen für den geplanten Neubau Theresia Wlesbergers auf Parzelle 305/6, Katastralgemeinde Ybbs, wird erteilt, jedoch wird die Bauerberin beauftragt, daß sie sich strenge an die von der gemeinderätlichen Kommission bestimmten Normen hinsichtlich der Paulinie usw. zu halten hat. Für die Winterhilfsaktion wird die Abgabe von 60 Raummeter Brennholz aus den Holzbeständen der Gemeinde Ybbs beschloffen. Ferner wird ein Betrag von 1500 S bewilligt, der als Weihnachtsgeschenk der Gemeinde an die Arbeitslosen und sonstigen Ortsarmen zur Verteilung gebracht wird. Herr Franz Benedikt aus Wien bewirbt sich um die Erteilung der Konzession zur Ausübung des Rauchfangkehrergewerbes im Rehrbezirk 38, mit dem Sitz in Ybbs an der Donau. Im Rehrbezirk, der die Gerichtsbezirke Ybbs und Weß umfasst, üben gegenwärtig drei Rauchfangkehrermeister das Gewerbe aus. Durch das Ansuchen des obgenannten Herrn würde somit der Rehrbezirk auf vier Rauchfangkehrermeister aufgeteilt werden. Die vorgelegte Behörde hat nun die Gemeinde Ybbs aufgefordert, eine Entscheidung hinsichtlich des Lokalbedarfes zu treffen. Nach kurzer Debatte wird mit Mehrheitsbeschluß der Lokalbedarf für Herrn Franz

Benedikt bejaht. Der bereits vor Monaten gefasste Beschluß auf Abschaffung, respektive Ausweitung eines Mannes, der wiederholt Sittlichkeitsverbrechen begangen hat, wurde wegen formaler Mängel von der politischen Behörde aufgehoben und eine neuerliche Stellungnahme abverlangt. Unter strenger Bedachtnahme auf die einschlägigen Bestimmungen und Klarstellung einiger Punkte wird das Ausweisungserkenntnis abermals bestätigt. Im vorliegenden Falle handelt es sich dormalen nur um eine Sicherstellung für die Gemeinde, da dem Manne ein probeweiser Aufenthalt bewilligt wurde, der aufrecht bleiben dürfte, wenn er sich nichts zuschulden kommen lassen sollte. Die Gehaltsbezüge der Ybber Gemeindeangeestellten, die dem Wiener Schema angeglichen sind, werden analog wie in Wien mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1933 gekürzt. Die Geltungsdauer der einstimmig beschlossenen Gehaltsmaßnahmen wird mit 31. Dezember 1933 begrenzt. Dem Heimatrechtsansuchen des Herrn Karl Haller wird die Bewilligung erteilt. Unter Anträge berichtet der Herr Bürgermeister, daß die niederösterreichische Landesregierung den vom Sparfassenauschuß Ybbs bewilligten Subventionen im Betrag von 2000 S für die Renovierung des Gemeindehauses und 800 S für die Milchkaktion armer Schulfinder die Zustimmung erteilt hat. Weiter hat die Landesregierung genehmigt, daß ab 1. Jänner 1934 von jedem auf dem Ferkelmarkt verkauften Ferkel eine Gebühr von 20 Groschen eingehoben werden kann. Von der Einführung einer Hofsteuer wird Abstand genommen. Herr Kooperator Josef Bauer wird an Stelle des verstorbenen Stadtpfarrers Herrn Josef Spreitzer als provisorischer Vertreter in den Ortschulrat entsendet. Eingetretene Unstimmigkeiten mit der Firma Wüjter bezüglich der Vertragsbestimmungen werden einer unparteiischen Behörde zur Vereingung übertragen. Nach einem kurzen Bericht des Herrn Bürgermeisters, daß dringend zwei Wohnungen für im Bezirkaltersheim in Ybbs untergebrachte kinderreiche Familien benötigt würden, und dem Appell, daß die einzelnen Gemeinderatsmitglieder wegen eines Obdaches Umschau halten sollen, schließt er um zirka 19.20 Uhr die Sitzung.

Krahof. Eine vaterländische Säule geborsten. Am 20. November wurde der Bauer Franz Schramml, Besitzer vom Samethof, wegen Blutschande verhaftet und dem Bezirksgericht Ybbs eingeliefert. Schramml, der bereits ein Geländnis abgelegt hat, wird außerdem wegen falscher Zeugnisaussage und Fruchtstrebung verfolgt werden. Schramml ist beileibe kein „vaterländischer Hofschewit“, sondern eine stramme, „christlichsoziale“ Dorfgröße, Mitglied des Jagdschusses, des Ortsbauernrates, Kirchenrat und wer weiß was noch alles. Er soll auch bei der Heimkehr eine Stelle bekleiden. Es versteht sich, daß der Mann weidlich über die Sozialdemokraten schimpfte. Nun wird er endlich Zeit finden, sich etwas mehr mit seiner eigenen Moral zu beschäftigen. Lange genug hat er es verstanden, den guten Christen zu spielen und die anderen über seine innere Beschaffenheit zu täuschen.

Aus aller Welt

Betrügereien eines Beamten der IB.

Der 33jährige Friedrich Frauenlob war bei der Industriellen Bezirkskommission Baden als Beamter angestellt. Er beging in dieser Stellung kleine Betrügereien, die aber um so verwerflicher waren, als er Eintragungen auf Arbeitslosenlisten zum Nachteil der betreffenden Arbeitslosen und zu seinem eigenen Vorteil fälschte. Die Sache kam auf und der unredliche Beamte hatte sich vor einem Schöffensenat des Kreisgerichtes Wiener Neustadt zu verantworten. Frauenlob hat sich überdies Beschprellereien im Restaurant des Hotels „Zur Stadt Wien“ in Baden, als auch in Geurigenhäfen zu schulden kommen lassen. Er verantwortete sich mit Notlage. Von einer solchen kann nicht gut gesprochen werden, da Frauenlob über eine Nettoeinnahme von 263 S verfügte und nur für ein Kind zu sorgen hat. Er wurde zu zwei Monaten Kerker verurteilt.

Wie kündigt man sein Abonnement als Radiohörer?

Es gibt viele Hörer, die mit dem Programm, das gegenwärtig gegeben wird, nicht einverstanden sind, sich daher ärgern, den Hörer weglegen oder den Sprechers abstellen, vielleicht zur Entschädigung sich einen Auslandsender suchen, wenn sie über solche Apparate verfügen. Der größte Prozentsatz der Hörer sind bestimmt solche, die mit Detektor hören, die daher nur auf den Wiener Sender angewiesen sind. Me die Hörer sind unzufrieden und wollen ihr Abonnement kündigen. Dazu ist jetzt Gelegenheit, und zwar muß diese Kündigung vom 1. bis 26. Dezember bei jenem Postamt vorgenommen werden, von welchem die Teilnehmergebühr eingehoben wird. Die Kündigung muß schriftlich mit der Rückgabe des Berechtigungsscheines geschehen. Wer diesen Berechtigungsschein nicht mehr hat, muß einen solchen am Postamt um 20 Groschen lösen und der Kündigung beilegen. Jene Hörer, die diese Frist bis zum 26. Dezember veräumen, können nicht mehr gestrichen werden und müssen die Teilnehmergebühr für 1934 (24 Schilling) bezahlen. Wer also kündigen will, beachte diese Frist genau.

Gedenket der „Gütsbereitschaft“!

Allgemeiner Konsumverein „Pöchlarn-Neuda“

Verkaufsstellen in:
Neuda — Wieselburg — Schelbbs
— Kienberg — Langau — Lackenhof — Gresten — Ybbs Amstetten — Maur — Blindenmarkt — Loosdorf

Hans Hörmann

Elektrotechniker und Radiohaus
Waldhofen, Unterer Stadtplatz

<p>Amstetten Diese Insarenten legen Wert auf Arbeiter- und Bauern-Konsumenten!</p> <p>Der große Weihnachtsverkauf hat begonnen! Besichtigen Sie die 14 Schaufenster Modenhaus Otto Götzl, Amstetten, Wienerstraße 23</p>		<p>Ybbs a. d. Donau Besuchen Sie das 46.0 Warenhaus Schachner WARENHAUS 12004 HEINRICH ORTHMAYER Kauft österr. Waren! 12003 Franz Biberauer 12002 Weiß- u. Schwarzbäckerei, Mehlereschleiß Josef Ungar 12001 Glas- u. Geschirrhandlung</p>		<p>Waldhofen a. d. Ybbs Rudolf Pöchlacker Fleischhauerei und Selcherei Ybbsitz Lieferant des Konsumvereines 4651 Josef Grün Küchengeräte u. Eisenwaren 4649 Josef Bruckner Weiß-, Schwarz-, Luxusbäckerei 4646 J. Kaltenböck, Herren-, Damenfriseur gegenüber Zeller-Hochbrücke 4643 1 1 1 4647</p>	
<p>„IXO“ Verlangen Sie: Linoleumpasta Schuhpasta Tranlederfett Vasellinlederfett Ferdinand Hartl, Braumeister Wagmeisterstraße 24, Tel. 164 4621 LEOPOLD BERGER 12012 Schuhwarenlager und Maßarbeit Schlesinger-Schuhe 4615 Reserviert RUDOLF GEYRHOFER 4655 Teppiche // Vorhänge // Linoleum Mariahilf-Apothek 4616 Ph. Mr. Franz Körner Amstetten, N.-O. Ecke Wienerstr. - Se. ulstr. KARL KRAUS Fleischhauerei und Selcherei 12014 Alex. Paulczynski 12015 Modernster Friseursalon, Wienerstraße 26</p>	<p>OTTO EBERL Konditorei // Wienerstraße 4 Julius Exel Konditorei // Dampfbäckerei JOSEF APPELTAUER Schlosserei 12019 Sorget um Eure Zähne! F. Pirschl, Tischlerei Karl Steigenberger Uhrmacher, Juwelier und Optiker Gründungsjahr 1857 4622 Drogerie - Parfümerie - Photo HANS PREISEGGER 4619 Wienerstraße 14 Molkerer Amstetten 4617 Verkaufsstellen: Hauptplatz 23 (Gruberhaus), Tel. 195/IV, Kubasterstraße 7, Tel. 184/VIII. Lieferant des Arbeiterkonsumvereines, Johanna Gutschmidt Gasthaus Stöger, Bruckbach Kino Böhlerwerk Programm im Lokal Weiß-, Schwarz- und Feinbäckerei Alfred Schoder, Hilm-Kematen</p>	<p>Stefan Hahn Fleischhauer und Selcher 4659 Karl Bruckmüller Dampfbäckerei und Konditorei Herrengasse 46 4658 Otto Amstler Bäckerei und Viktualien 4657 Josef Jenisch Gasthaus u. Fleischhauerei 12005 Franz Naderer Bäckerei, Mehl- u. Fruchteeschäut 1200 KAUFHAUS GLASER 12007 Berücksichtigt den ortsansässigen Schuhmacher Kauft österr. Waren! 4613 Martin Auer, Trafik, Schreibrequisiten</p>	<p>Karl Kammerhuber Walzmühle, Breitereich 4578 F. WEINER Kaufhaus, Fahrräder, Nähmaschinen 4654 Anton Wurzer Bäckerei u. Gasthaus 4652 Moritz Greger Warenhaus 4653 Rudolf Geringer 1.008 Das Kaufhaus d. Arbeiter u. Angestellten Anton Klingler, Herren- u. Damenfriseur Achte auf gesunde Zähne! Franz Keplinger, Schuhmacher 12010 Karl Diatz's Wtw. 4638 Zuckerbäckerei, Tel. 99 Karl Gruber Herren- u. Damenfriseur Wienerstraße 11 4631 HANS MANN Fahrradmoderator, Reparaturwerkstätte Kauft österr. Waren! Anton Achleitner Fleischhauer und Selcher Ludwig Greder, Diamant- u. Edelstein- u. Konsumwaren 4622 Ernst Klackl Bäckerei und Korbflechter</p>		
<p>Elektrizitätswerk der Stadtgemeinde Amstetten Besichtigen Sie unseren Ausstellungsraum am Hauptplatz 27 Kocht elektrisch, da in Amstetten um 50% billiger gegenüber anderem Brenmaterial</p>					
<p>Joh. Schindler, Amstetten Konfektion und Modewaren 467 Alois Boissl, Amstetten Fleischer und Selcher, Wienerstraße 16 462</p>	<p>Schulrequisiten, Papierwaren Franz Bauer Amstetten Wienerstr. 12</p>		<p>Musik- und Radiohaus 464 Karl Frey, Amstetten Hans Eblinger Zuckerbäcker und Lebzelter Amstetten, Hauptplatz 463</p>		

Das Recht der Arbeitslosen

EINE SEITE FÜR DIE, DIE STEMPeln UND HUNGERN

Winterlied 1933.

Vom Himmel auf die Erde tanzen Flöden,
Färben Stadt und Wald und Wiese weiß.
Die Augen derer, die verzweifelt hocken,
Glücken auf und blicken siebernd, heiß!

Fliegt nur Flöden!
Fliegt und werdet mehr!
Fliegt ihr Flöden,
Bringt uns Arbeit her!
Unsere Frauen
Ist das Frauen
Und die Kinder hungern sehr!
Brauchen Arbeit,
Wollen Arbeit,
Wir, das Arbeitslosenheer!

Und als die Erde endlich weiß geworden,
Waren Weg und Steg und Stadt verschneit!
Da kamen sie in langen, grauen Horden,
Mit Schaufeln zur Arbeit bereit.

Schafft nur, Schaufeln!
Schafft den Schnee nur weg!
Klingt ihr Schaufeln,
Bringt den Schnee vom Fleck.
Unsere Frauen
Ist das Frauen
Und die Kinder hungern sehr!
Haben Arbeit,
Endlich Arbeit,
Wir, das Arbeitslosenheer!

Max Straßberg.

Wann gebührt ledigen Arbeitslosen der höhere Unterstufungsatz?

Die burgenländische Arbeiterkammer hat in einer wichtigen Frage den Verwaltungsgerichtshof angerufen, der mit Entscheidung vom 27. Oktober 1933 in ihrem Sinne entschieden hat. Ein Arbeitslosenamt verweigerte einer Arbeiterin den höheren Unterstufungsatz, obwohl der Nachweis erbracht worden ist, daß sie seit über einem Jahr getrennt von ihrer Familie einen eigenen Haushalt führt. Das Arbeitslosenamt stand auf dem merkwürdigen Standpunkt, daß die Beschwerdeführerin ledig sei und daher bei ihren in der gleichen Ortschaft wohnhaften Eltern leben könne. Der Verwaltungsgerichtshof war jedoch der Ansicht, daß der Anspruch auf Gewährung des höheren Unterstufungsatzes bei ledigen Arbeitslosen bloß von der Tatsache abhängig sei, daß der Arbeitslose nicht im Familienverband lebe.

Steht dies tatsächlich einmal fest, so kommt es weder auf das Motiv hierfür, noch etwa darauf an, ob der Arbeitslose im Familienverband leben „könnte“. Die Befürchtung des übereifrigen Arbeitslosenamtes, daß durch diese Rechtsanschauung insbesondere junge ledige Arbeitslose den höheren Unterstufungsatz ungebührlich in Anspruch nehmen „könnten“, wird vom Verwaltungsgerichtshof schon deshalb als unbegründet abgelehnt, weil der Unterschied zwischen dem niedrigen und dem höheren Unterstufungsatz für ledige Arbeitslose zu gering ist, als daß er einen Anreiz bieten könnte, die materiellen Vorteile des Lebens im Familienverband aufzugeben.

Abzüge wegen Alimentationspflicht.

Durch richterliche Verfügung kann die für den Arbeitslosen bestimmte Unterstützung auch an Personen zugewiesen werden, zu deren Unterhalt der Arbeitslose gesetzlich verpflichtet ist. Wenn eine solche richterliche Verfügung an das Arbeitslosenamt gelangt, dann muß ihr vom Arbeitslosenamt Folge geleistet werden, und dem Arbeitslosen wird der Alimentationsbetrag direkt von der Unterstützung abgezogen. Eine Zustimmung des verpflichteten Arbeitslosen ist im Gesetz nicht vorgesehen, doch darf nach dem Wortlaut des Gesetzes dem Arbeitslosen

höchstens die Hälfte der Unterstützung abgezogen werden. Die andere Hälfte muß dem Arbeitslosen unbedingt frei bleiben.

Nun kommt es vor, daß ein Arbeitsloser außerdem für Frau und Kinder sorgen muß und daß ihm ein unverhältnismäßig hoher Betrag von der Unterstützung abgezogen wird, da die Festsetzung der Höhe des Alimentationsbetrages nach aus einer Zeit stammt, zu der der Verpflichtete in Arbeit stand. Vorstellungen beim Arbeitslosenamt wegen des zu hohen Abzuges führen, wenn der Abzug der richterlichen Verfügung entspricht, zu keinem Erfolg. Der Arbeitslose muß sich vielmehr in einem solchen Falle bemühen, eine Ermäßigung der Alimentationsverpflichtung beim Alimentationsgericht selbst zu erreichen.

Ist „Das Recht der Arbeitslosen“ fad?

Wir haben uns vorgenommen, auf der Seite „Das Recht der Arbeitslosen“ denen, die stempeln gehen und hungern, praktische Rechtsbelehrung zu geben. Wir können und wollen also keine Romane und keine Humoresken schreiben, wir bemühen uns aber, die für die Arbeitslosen lebenswichtigen Fragen möglichst lebendig und abwechslungsreich darzustellen.

Dies fällt uns naturgemäß nicht immer leicht, da wir ein Gesetz und eine Praxis besprechen müssen, die verwickelt und verklausuliert ist. Wir hoffen aber dennoch, daß unsere Leser unsere Aufgabe richtig würdigen werden.

Der Kampf um die Unterstützung als das tägliche Brot von Hunderttausenden ist ein Ausschnitt aus dem Leben in unserer Zeit. Seine Darstellung muß so ernst sein wie die Zeit selbst!

Wir hoffen aber, den Arbeitslosen und unseren Funktionären wichtige Aufklärungs- und Kampfmittel in die Hand zu geben, die sich im Streite um die Existenz unserer arbeitslosen Freunde wohl verwenden lassen. Wer Lebendigeres und aus dem Leben Gegriffenes dazu zu sagen hat, der kann es ruhig tun: zu Aufklärungszwecken in Arbeitslosenträgen, die alle interessieren, stehen unsere Zeilen gern zur Verfügung.

Wie steht es mit der Meldepflicht?

Bei der „Gewährung“ der Unterstützung spielen die persönlichen Verhältnisse, in denen der Arbeitslose lebt, eine große Rolle. Sie sind nicht nur bedeutend für die Frage, ob die Unterstützung gegeben wird, sondern sie beeinflussen auch das Ausmaß und die Dauer der Unterstützung. Das Gesetz verpflichtet daher den im Bezug der Unterstützung stehenden Arbeitslosen, wahrheitsgetreue Angaben über seine persönlichen Verhältnisse zu machen.

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bestimmung des § 16 des Gesetzes. § 16 sagt folgendes:

„Der im Genuß der Unterstützung stehende Arbeitslose ist verpflichtet, den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis sowie jede andere für die Voraussetzungen seines Anspruches maßgebende Änderung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse dem Arbeitslosenamt ohne Verzug anzuzeigen.“

Durch Nichtbeachtung dieser Vorschrift sind schon viele Arbeitslose zu Schäden gekommen. Auf die Unkenntnis dieser Vorschrift kann sich niemand berufen, da Unkenntnis des Gesetzes kein Entschuldigungsgrund ist und überdies die Meldungskarte den Arbeitslosen auf diese Bestimmung ausdrücklich aufmerksam macht.

Eintritt in ein Arbeitsverhältnis.

Vielfach herrscht die Meinung vor, daß man kurze Aushilfsarbeiten nicht melden muß. Das ist falsch: Jede Beschäftigung muß gemeldet werden und mag sie auch nur ganz kurz dauern. Auch die Entlohnung spielt keine Rolle, sondern die Meldepflicht besteht, ganz gleichgültig, ob eine Entlohnung gewährt wurde und wie hoch diese ist. Denn dem Arbeitslosen ist nach unserem Gesetz und der überaus scharfen Praxis gar keine Art von Erwerbsarbeit gestattet, sondern er muß jede Stunde — „vermittlungsbereit“ sein. Diese Unfingigkeit geht von der Annahme aus, daß dem Arbeitslosen tatsächlich eine Arbeit vermittelt werden könnte.

Wirtschaftliche Änderungen.

Es ist eine harte und hart gehandhabte Bestimmung der Arbeitslosenversicherung, daß der Arbeitslose jede geringfügige Änderung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse dem Amt bekanntgeben muß. Bekanntlich haben wir in Österreich ja nicht mehr das Versicherungsprinzip, sondern der Anspruch des Arbeitslosen ist an gewisse Voraussetzungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen gebunden.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes müßten eigentlich nur solche Änderungen gemeldet werden, die „für die Voraussetzungen des Anspruches maßgebend“ sind. Doch verlangt die Praxis, daß alle Änderungen gemeldet werden müssen und erst bei der Beurteilung durch die Arbeitslosenbehörde wird dann festgestellt, ob es sich um eine „maßgebende“ Änderung handelt. Es handelt sich in diesem Falle besonders um Änderungen im Einkommen der nahen Angehörigen des Arbeitslosen und um Einkommensänderungen beim Arbeitslosen selbst.

Wenn die Frau oder Lebensgefährtin eines Arbeitslosen eine Heimarbeit oder sonst eine Beschäftigung antritt oder eine Lohnänderung erfährt, dann ist der Arbeitslose verpflichtet, dies „ohne Verzug“ anzuzeigen.

Dies gilt auch für die anderen Angehörigen, deren Einkommen bei dem Unterstützungsbezug in Anrechnung gebracht wird; das gilt vor allem für die eigenen Einkommensverhältnisse.

Ist Nichtmelden ein „Mißbrauch“?

Die Praxis ist da sehr streng. Obwohl in § 16 gar keine Strafbestimmung enthalten ist, wird die Unterlassung der Meldepflicht als „Mißbrauch“ ausgelegt. Scharfe Strafen werden in diesem Falle verhängt. Ohne daß wir den Rat geben wollen, solche Meldungen zu unterlassen, wollen wir doch darauf hinweisen, daß es nicht angeht, jede Nichtmeldung als „Mißbrauch“ zu bezeichnen und zu bestrafen. Denn damit ein „Mißbrauch“ vorliegt, wäre vor allem die gegen das Gesetz gerichtete Absicht notwendig, ein Recht zu gebrauchen, das einem nicht zusteht! Wenn aber die Nichtmeldung „irrtümlich“ erfolgte, dann kann doch nicht gut von einem Mißbrauch die Rede sein. Unserer Meinung nach hat der Begriff „Mißbrauch“ zur Voraussetzung, daß auf Seiten des Arbeitslosen eine bewußte Schuld vorliegt. Ist der Arbeitslose aber unschuldig, dann hat er sich zwar gegen die Bestimmungen des Gesetzes verhalten, aber von einem strafbaren „Mißbrauch“ muß noch lange keine Rede sein! In diesem Falle wird der Arbeitslose im Rechtsmittelwege seine Unschuld nachweisen müssen und gegen den Strafbefehl Einspruch erheben.

Die sehr scharfe Praxis läßt es jedenfalls als geboten erscheinen, daß jeder Arbeitslose doppelt vorsichtig ist. Es ist besser, einen Strafbefehl durch strikte Einhaltung der Vorschriften zu vermeiden, als hernach gegen den Befehl anzukämpfen.

Wo ist der Freund?

Zwei Zitate aus offiziellen Parteierklärungen.

I.

„Die wichtigste Aufgabe ist es, den Arbeitslosen, deren Zahl im Winter unerhört anschwellen wird, die Existenz zu sichern. Alle anderen Aufgaben müssen zurücktreten hinter der Pflicht, einen überaus großen Teil unseres Volkes vor physischem und moralischem Untergang zu bewahren. Die Industriellen Bezirkskommissionen müssen in die Lage gesetzt werden, die Notstandsaushilfen ohne jede Einschränkung auszuführen...“ Ein

Notopfer der Gesamtheit

für die Rettung der arbeitenden Massen ist unerlässlich. Es ist daher unverzüglich ein progressiver Notzuschlag zur Einkommenssteuer einzuführen, dessen Erträgnis für die Deckung des Aufwandes der Notstandsaushilfe zu verwenden ist.“

(Aus „Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der freien Gewerkschaften“, Wien, Verlag Volksbuchhandlung, Seite 1.)

II.

„Die Arbeitslosenversicherung hat sich dahin ausgewirkt, daß sie nicht mehr eine segensreiche Einrichtung ist zur Erhaltung derer, die bei aller Arbeitswilligkeit eine Betätigung nicht finden können, sondern daß sie von allen

Arbeitslosen

auch ausgenützt werden mußte als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgesamtheit... Ausbeutertum von unten ist ebenso verwerflich wie Ausbeutertum von oben.“

(Aus Dr. Alfred Pfaff, Mitglied des Wirtschaftsrates der NSDAP: „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“, München, Deutscher Volkerverlag, Seite 23, 24.)

Arbeitslose, denkt nach! Die Nazi nennen euch arbeitslos und Ausbeuter von unten!

Wer gilt als „überwiegend“?

Um die Notstandsaushilfe beziehen zu können, muß der Arbeitslose „überwiegend in versicherungspflichtigen Beschäftigungen tätig zu sein pflegen“. Diese Frage hat auch beim erstmaligen Bezug der Unterstützung eine Bedeutung.

Wer ist also „überwiegend versicherungspflichtig tätig“?

Klarerweise derjenige, bei dem die Zeiten der versicherungspflichtigen Beschäftigungen größer sind als die Zeiten der anderen Beschäftigung. Zeiten der Arbeitslosigkeit scheiden bei diesem Vergleich aus.

Nun hat das Ministerium in einem Erlaß diese Frage in etwas anderer Weise geregelt, die manchmal günstiger, manchmal ungünstiger für den einzelnen Arbeitslosen ist. Nach der vom Ministerium vorgeschriebenen Praxis gilt unter folgenden Voraussetzungen ein Arbeitsloser als „überwiegend“:

1. Wer ständig, ohne größere Unterbrechungen, arbeitslosenversicherungspflichtig gearbeitet hat. Zeiten erwiesener Arbeitslosigkeit und Krankheit unterbrechen die „ständige“ Arbeit nicht, sondern die Unterbrechung müßte durch versicherungsfremde Beschäftigung stammen.

2. Personen, die ein Gewerbe erlernt oder eine regelmäßige Berufsausbildung durchgemacht haben, dann aber nicht arbeitslosenversicherungspflichtig (als Landarbeiter, Hausgehilfe, Selbständiger usw.) tätig waren, gelten als „überwiegend“, wenn sie

in den letzten vier Jahren durch mindestens zwei Jahren in ihrem Berufe wieder versicherungspflichtig gearbeitet haben.

Diese Bestimmung ist auch auf Personen anzuwenden, die unmittelbar nach dem Eintritt in das Erwerbsleben durch mindestens drei Jahre ohne größere Unterbrechungen arbeitslosenversicherungspflichtig gearbeitet haben, dann aber zu einer Beschäftigung übergangen, die nicht versichert war. Doch darf diese Beschäftigung nicht länger als zehn Jahre gedauert haben! Ein Arbeitsloser also, der von seinem 14. bis 17. Lebensjahr als Fabrikarbeiter tätig war, dann durch acht Jahre in der Landwirtschaft arbeitete, gilt bereits als „überwiegend“, wenn er zwei Jahre wieder als Fabrikarbeiter arbeitet. Ein solcher Arbeitsloser braucht nach dem Ministerialerlaß keine fünf Jahre in den letzten zehn Jahren nachzuweisen!

3. Bei allen anderen Personen wird verlangt, daß sie in den letzten zehn Jahren wenigstens durch fünf Jahre arbeitslosenversicherungspflichtig gearbeitet haben. Ein ehemaliger Landarbeiter also, der zur Industrie übergeht, gilt als „überwiegend“, wenn er in den letzten zehn Jahren fünf Jahre Industriearbeit nachzuweisen kann.

Es liegt im eigenen Interesse des Arbeitslosen, diese Bestimmungen genau zu kennen. Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß ein Arbeitsloser — wenn keiner der drei Punkte zutrifft — dann als „überwiegend“ gelten muß, wenn die Zeit der versicherten Tätigkeit größer ist als die Zeit der anderen Beschäftigung.

Verlangt den Kinderzuschuß!

Ein Erlaß des Sozialministeriums vom 2. Februar 1933 (Zahl 5313/6/33) gibt der von uns stets geäußerten Auffassung über die Kinderzuschüsse für Kinder über 14 Jahre recht. Wir wiederholen ihn im Wortlaut:

Bei Bemessung der Arbeitslosenunterstützung sind für die Zuerkennung des Kinderzuschusses gemäß § 9, Absatz 2, W.B., jene Kinder zu berücksichtigen, zu deren Unterhalt der Arbeitslose gesetzlich verpflichtet ist. Nun ist die gesetzliche Unterhaltspflicht der letzteren nicht an ein bestimmtes Lebensalter gebunden, sondern sie besteht nach § 141 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches so lange, bis die Kinder sich selbst ernähren können. Wenn ein über 14 Jahre altes Kind tatsächlich unvergütet ist, so wird demnach dem arbeitslosen Vater (der arbeitslosen Mutter) der Zuschlag für dieses Kind zu gewähren sein. Steht das Kind jedoch selbst im Bezug der Arbeitslosenunterstützung (Notstandsaushilfe), so muß angenommen werden, daß es sich selbst ernähren kann. S.

Merktafel.

„Rechtsmittel nicht mehr zulässig.“ Bescheide, die von der Industriellen Bezirkskommission aufgestellt sind, tragen meist den Vermerk, daß ein weiteres Rechtsmittel nicht mehr gegeben ist. Das bedeutet nun nicht, daß der Arbeitslose nichts mehr machen kann. Er kann gegen den Bescheid eine Vorstellung bei der W.B. erheben und um Überprüfung anfragen, er kann daneben die Auffichtsbeschwerde an das Sozialministerium (Wien I, Gamsjögasse 3) richten; und er kann schließlich neben die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erheben. In allen diesen Fällen handelt es sich nämlich nicht mehr um rechtliche Rechtsmittel, sondern um Verwehremittel gegen einen rechtskräftigen Bescheid.

Frau und Heim



FESCHE BLUSEN

Blusen, die noch vor kurzem als Stiefkinder der Mode behandelt wurden, stehen wieder hoch im Ansehen und erfreuen sich allseits der größten Beliebtheit. Man trägt sie für alle praktischen Zwecke ebensogern wie für elegant. Das ist nicht allein auf eine neue Laune der Mode zurückzuführen, es hat auch einen praktischen Hintergrund: Jede kluge Frau weiß, daß man mit einigen hübschen Blusen (der Rock, dunkel gehalten, kann immer derselbe sein) immer wieder neu und hübsch auszieht. Und welche Frau, welches junge Mädchen möchte das nicht? Es gibt jetzt so hübsche billige Flanell- und Kunstseidenstoffe, daß man, schneidert man selbst, für wirklich ganz wenig Geld gut angezogen sein kann. Blusen nähen ist keine große Arbeit, außerdem auch nicht schwer. Schneidet man sie nach einem guten Schnitt zu, ist das Gelingen im voraus gewährleistet.

Für alle von uns im Bilde gezeigten Modelle sind Schnitte zum Preise von je S 1.50 (inklusive Porto) erhältlich. Im folgenden bringen wir die Beschreibungen zu den Bildern:

Nr. 72.383. Das flotte, jugendlich wirkende Modell soll aus Vellkrepp oder Flanell hergestellt werden. Der große Kragen hat aufgesteppte Passen, die seitlich in Spauletten absteigen. Schnitt für die Größe 0 und III erhältlich. Stoffverbrauch für Größe 0: etwa 1.75 Meter, 100 Zentimeter breit.

Nr. 72.384. Für einen fein gestreiften Flanell oder eine Herrenhemdblende ist 72.384 ein vorbildliches Modell. Das Material kommt auch einfarbig durch die Verarbeitung voll zur Geltung. Schnitt für die Größe II und IV erhältlich. Stoffverbrauch für Größe II: etwa 3.50 Meter, 70 Zentimeter breit.

Nr. 72.382. Diese Bluse ist ganz besonders apart. Die originellen Passenärmel, die im oberen Teil gepufft sind, die angeschnittenen, geknöpften Batten und der edige Halsausschnitt geben diesem Modell ein eigenartiges, fein wirkendes Aussehen.



Nr. 72.381. Auch Schößblusen gewinnen wieder an Beliebtheit. Wir bringen ein besonders schönes Modell aus Crepe Satin mit Raglanärmeln und Schleifenschluß. Schnitt für die Größe I, III und V erhältlich. Stoffverbrauch für Größe V etwa 2 Meter, 100 Zentimeter breit.

Nr. 72.379 ist eine Bluse für elegant mit einem Kragen, der sich durch eine dunklere Färbung von der Blusenfarbe abhebt. Hochstehender Kragen und Achselblenden geben die Linie der Saison.

Nr. 72.380. Diese charmante Bluse aus matter Kunstseide oder aus bidem Seidenkrepp erhält

durch die angeschnittenen Spauletten die beliebte und kleidhame Schulterverbreiterung. Fein und wirkungsvoll ist auch die vorn gekreuzte Hals-

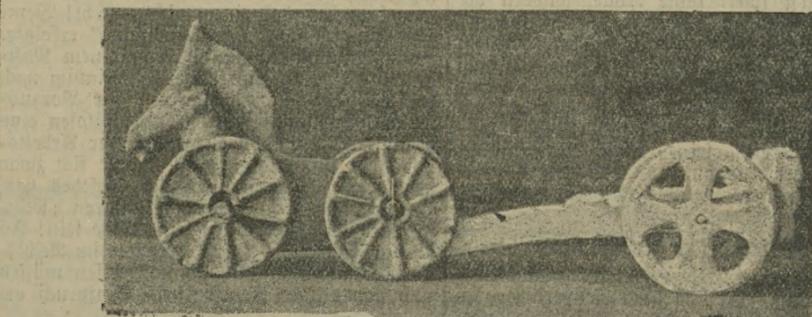
ausschnittblende. Schnitt für Größe II erhältlich. Stoffverbrauch etwa 2.25 Meter, 100 Zentimeter breit.

Die Schnitte sind in den angeführten Größen zum Preise von je S 1.50 (inklusive Porto) im Schnittmustertrieb Wien 1, Trattnerhof 2, erhältlich. Der schriftlichen Bestellung ist der entfallende Betrag in Briefmarken beizulegen.

Frauenrundscha.

Grace Fryer, das Radiumopfer. Die Radiumtragödie von East Orange hat kürzlich das dritte Todesopfer in Form der Grace Fryer gefordert, eine jener fünf jungen Mädchen, die durch die Unachtsamkeit des Aufsehers in einer Radiumfabrik beim Besuchen der Pinzel mit der Leuchtmasse vergiftet worden sind. Die Mädchen erkrankten plötzlich an den typischen Erscheinungen der Radiumkrankheit, die sich gelegentlich Forscher zugezogen haben. Es traten Entzündungen in der Mundhöhle auf, die sich über das ganze Gesicht und den ganzen Körper weiterfräßen. Die Ärzte stellen fest, daß die fünf Mädchen zu einem langsamen Tode verurteilt seien und daß sie im Laufe der kommenden fünf bis sechs Jahre sterben würden. Die Prognose der Ärzte ist eingetreten. Vor drei Jahren starb Quinta Macdonald. Im Februar 1933 Katharina Schaub und im November 1933 Grace Fryer. Die beiden letzten Frauen ringen immer noch mit dem Tode. Die fünf Mädchen hatten im Jahre 1928 einen Prozeß gegen die Radiumfirma von East Orange geführt und einen Schadenersatz sowie ein Schmerzensgeld von je 25.000 Dollar verlangt. Die United States Radium Company setzte jedoch vor Gericht durch, daß die Frauen eine elegante Wohnung mit luxuriöser Verpflegung und freier ärztlicher Behandlung und ein „Sterbegeld“ von 10.000 Dollar zugewilligt erhielten. Der Radiumtod von East Orange ist eines der düstersten Kapitel des Arbeitsstodes.

„Ich scheide euch!“ Die Schwester des kürzlich verstorbenen Königs Feisal vom Irak macht augenblicklich in London und in Bagdad von sich reden. Als das bildhübsche junge Mädchen bei dem Staatsbesuch ihres Bruders in London zum erstenmal unverschleiert auszugehen durfte, verliebte sie sich bis über die Ohren in Atta Bey Amin, den ersten Sekretär der irakischen Gesandtschaft in London. Dieser factete nicht lange und fuhr mit der Prinzessin, die er nach Bagdad heimbringen sollte, nach Konstantinopel, ließ sich dort trauen und kehrte mit ihr nach London zurück. Nun hat die Regierung des Irak eine Haupt- und Staatsaktion daraus gemacht, daß die Prinzessin gegen das königliche Familiengesetz einen Angehörigen eines „niederen“ Standes geheiratet habe. Atta



Immer haben die Kinder gespielt.

Welche Mutter schenkt ihrem Kind nicht gern ein Spielzeug, um sich an der Freude des Kindes mitzufreuen. So war es immer. Selbst aus grauer Vorzeit sind uns Zeugnisse erhalten geblieben, daß es schon damals Kinderspielzeug gab. Das Wagerl oben hat vor rund zweitausend Jahren ein Mann in Griechenland seinem Kind als Spielzeug aus Ton angefertigt. Links sehen wir ein Holzpüppchen und ein Holzpferdchen, an dem sich ein Kind vor etwa zweitausendfünfhundert Jahren in Ägypten erfreut haben mag. Die Freude der Kinder an solchem Spielzeug wird damals nicht geringer gewesen sein, als sie es jetzt ist, wenn man ihnen einen Matador oder gar eine Dampflokomotive schenkt.

Bey Amin wurde fristlos entlassen und die Ehe für ungültig erklärt. Das junge Paar hält sich jedoch immer noch in London auf und Amin verlangt, daß das irakische Scheidungsgesetz wortwörtlich bei ihm vollzogen würde, in der Form, daß ein Mitglied des königlichen Hauses persönlich vor der Tür des jungen Paares dreimal anklopft und dreimal die Worte spricht: „Ich scheide euch!“ Bis jetzt warten die neugierigen Londoner immer noch darauf.

Kinderbetten und Küchensettel.

„Daß ich, wenn es irgend möglich war, das Kinderbett selbst baute, war mir eigentlich selbstverständlich“, sagt die junge Mutter, die draußen in der Siedlung ihr drittes Kind

erwartet. „Ich bastete selbst, was ich irgend kann. Aber daß es so leicht sein würde, hatte ich nicht gedacht.“

Im Wohnzimmer steht das Bett, ein kleines Brunnstückchen in Blau und Weiß. Sie holt einen Karton hervor, in dem liegen Strümpfe, vielfach gestopfte, die man nicht mehr tragen kann. In einem Kasten ist Holzvolle.

Und sie gibt kurz die Bauanweisung für das Bettchen.

Man nimmt ein vorhandenes Untergestell oder man kauft einen einfachen Küchenschemel, rückt ihn in der Mitte durch, rückt die Beine so weit wie nötig auseinander und schraubt ein zurechtgesägtes Brett als Boden des Bettes auf.

Die Wände des Bettes bestehen aus dicken Wülsten. Man biegt sich viermal einen starken Draht in ovaler Form zurecht, man packt Holzvolle um den Draht und wickelt ihn fest. Als Wickelmaterial dienen die zerschnittenen Strümpfe, von denen einer ein Band bis zu 25 Meter Länge ergibt. Zur zweiten Wicklung nimmt man ein breiteres Band, Stoffbänder, die man aus alten Gardinen, schadhaftem Bettzeug oder ähnlichem herstellt. Die Wülste sind weich und doch fest, für den Boden und die Wand des Kinderbettes gerade das Rechte. Die Neugeborenen können sich an diesem Bett bestimmt nicht stoßen.

Vier vor diesen Wülsten, mit der Stopfnadel und fester Strippe in großen Stichen übereinandergewebt, ergeben die richtige Höhe, das Bett ist schon fertig. Mit einem Mohrbügel und Gummiband wird der bunte Bezug darum garniert, das Untergestell des Bettes wird passend angestrichen, und das Bettchen sieht genau so hübsch aus wie jedes fertige Bett im Schaufenster eines Ladens.

Wenn man einmal angefangen hat, im Haushalt praktisch zu denken, dann ist für alle Zeiten Schluß mit dem gedankenlosen Wirtschaften. In der Küche hat die junge Hausfrau ein Speiseraad. Ein ausgeklügeltes Ding aus Pappe, mit dem man sich Gerichte zusammenstellen kann. „So ein Rad habe ich mir als Schulumädel gebaut, um Verben damit zu lernen“, erzählt sie, „Wein Rad dient mir zum Geld sparen. Ich stelle mir meinen Küchensettel damit zusammen, schneller und richtiger als nach jedem Kochbuch oder Kalender.“

Rund um die Frau.

Unghüd. Man sprach von dem Unghüd, das einen bekannten Dichter betroffen hatte. Einer sagte, was man in solchen Fällen zu sagen pflegt: „Er wird sich trösten. Die Zeit ist eine große Helferin im Unghüd.“ — „Nicht immer“, meinte eine Frau, „es hat in meinem Leben einen großen Nummer gegeben, den die Zeit durchaus nicht verwischen konnte.“ — „Und welchen?“ — „Die erste Falte in meinem Gesicht.“

Berspätet. Eine junge Frau tritt in das Lokal und sieht sich suchend um. „Herr Ober“, wendet sie sich an den Kellner, „hat nicht ein Herr nach einer Dame in braunem Kostüm gefragt?“ — „Natürlich, gnädige Frau! Er hat eine Stunde gewartet und ist dann mit einer Dame in grünem Kostüm fortgegangen.“

So ist das Leben



Nachrichten aus Niederösterreich

Erstickungstod eines Kindes.

In Altenburg-Kauschermühle fand die Frau Maria Kremmigl ihr zwei Monate altes Söhnchen im Kinderwagen tot auf. Der herbeigeholte Arzt stellte fest, daß das Kind mit dem Gesicht derart auf dem Kopfkissen gelegen war, daß die Luftzufuhr unerbunden wurde und der Tod infolge Erstickens eintrat. Die gerichtliche Leichenöffnung ergab, daß ein unglücklicher Zufall den Tod des Kindes herbeigeführt hat und ein fremdes Verschulden nicht vorliegt.

Aus Angst vor der Pfändung

hat sich ein 54jähriger Bundesbahnpensionist in Leopoldsdorf im Marchfeld durch einen Schuß aus einem Flobergewehr getötet. Das Motiv der Tat waren finanzielle Schwierigkeiten, da der Mann durch den Kauf eines Kleinhauses in Schulden geraten war und die Pfändung bevorstand. Er hinterläßt eine Witwe mit zwölf Kindern, von denen das jüngste zwei Jahre alt ist.

Die Kinder waren allein zu Hause...

Der Bundesbahnanstellte Josef Leiß und dessen Frau fuhren von Willichsdorf nach Wien. Ihre Kinder, den fünfjährigen Josef und den dreijährigen Karl, ließen sie allein in der Wohnung. Damit die Kinder warm haben, heizten sie vor dem Fortgehen den Zimmerofen an. Als die Eheleute nachts heimkamen, fanden sie die Kinder bewußtlos auf. Josef konnte wieder zum Bewußtsein gebracht werden, Karl aber war bereits tot. Nach den Feststellungen des Gemeindefarztes haben ausströmende Kohlen gas das Unglück verursacht.

Ausbau der Wachauer Straße.

Die Straßenbauarbeiten zwischen Stein und Spitz, die am 6. September in Angriff genommen wurden, sind in der vergangenen Woche vollendet worden. Im nächsten Jahr ist die Fortsetzung der dringlichsten Arbeiten auf der Strecke Spitz bis Meiß geplant. Eine Beihilfe aus dem Fonds der produktiven Arbeitslosenfürsorge steht in Aussicht.

Tod beim Zahnziehen.

Der vierundzwanzigjährige Karl Panzenböck wurde von seiner Mutter zum Zahnarzt Rudolf Josefi in Traiskirchen gebracht, weil das Kind Zahnschmerzen hatte. Die Mutter machte den Zahnarzt aufmerksam, daß das Kind an Malaria leide. (Die Mutter war mit dem Kind aus Spanien auf Besuch zu ihren Eltern gekommen.) Trotzdem hat der Zahnarzt das Kind narotisiert und ihm vier Backenzähne gezogen. Das Kind starb im Alter von 24 Jahren.

Der Zahnarzt Rudolf Josefi hatte sich deshalb vor einem Schöffensenat des Kreisgerichtes Wiener Neustadt wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu verantworten. Das gerichtliche Gutachten besagte, daß zwar auch Kinder vor einer Operation narotisiert werden können, daß jedoch in diesem Fall ein Arzt mit Rücksicht auf den Fieberzustand des Kindes keine Narotose vorgenommen hätte. Im übrigen war Josefi als Zahnarzt weder zur Narotosebormahme noch zum Zahnziehen berechtigt. Er wurde im Sinne der Anklage schuldig erkannt und zu zwei Monaten strengen Arrestes mit zwei harten Lagern, jedoch mit einer dreijährigen Bewährungsfrist, verurteilt.

Beim Kartenspiel

gerieten in Baden der Schneidergehilfe Karl Simon und der Chauffeur Josef Miklosch im Gasthaus Drecher in einen Wortwechsel, ohne daß es gerade zu einem Streit gekommen wäre. Als Miklosch um 10 Uhr abends das Gasthaus verließ, eilte ihm Simon nach und fragte: „Bist du auf mich hart?“ Bevor noch Miklosch Antwort geben konnte, verfehlte ihm Simon einen Messerstich ins linke Auge. Miklosch hat durch die Verletzung den Verlust des linken Auges zu beklagen, außerdem ist die Sehkraft des rechten Auges geschwächt. Er ist für seinen Verstoß nicht mehr tauglich. Simon, der sich wegen seiner Tat vor einem Schöffensenat des Kreisgerichtes Wiener Neustadt zu verantworten hatte, bestritt, mit einem Messer gegen Miklosch losgegangen zu sein; er will mit einem Schlüssel den verhängnisvollen Schlag geführt haben. Die Verhandlung wurde zwecks Einholung eines gerichtlichen Gutachtens vertagt.

Ob Messer oder Schlüssel, der Chauffeur hat ein Auge verloren. Jedenfalls hätten Arbeiter besseres zu tun, als einander schwer zu verletzen.

Georgette wollte aus dem Leben scheiden ...

Das Leben wird häufig den Menschen zur Last, sie bekommen es satt — manchmal weil sie nichts zum Essen haben, und deren sind leider nicht wenige. Andere wieder werden von Verzweiflung befallen, weil sie durch verfehlte Spekulationen ihr Vermögen eingebüßt haben und ein Leben in Arbeit und Armut unerträglich finden. Die Motive derer, die aus dem Leben fliehen oder den Versuch dazu unternehmen, sind mannigfaltig. Man kann die Beweggründe Lebensmüder einteilen, wie die Not, unglückliche Liebe, Krankheit, Verzweiflung wegen Verlust der Stellung.

Bei der 18jährigen Georgette trafen diese Ursachen für ihren Lebensüberdruß nicht zu. Sie hatte eine Stellung, war nicht unglücklich verliebt, war pumperlgesund, ist sehr hübsch, wenn man will, sogar schön. Sie wurde umschwärmt, hatte ein angenehmes Leben — und doch unternahm sie sonst so lebensmüde Georgette einen Selbstmordversuch. Mit Veronal wollte sie ihrem jungen Leben ein Ende bereiten. Sie wurde von der Rettungsgesellschaft auf die Unfallstation gebracht und es gelang, das junge Mädchen aus jeder Gefahr zu bringen. Das ist sehr gut so. Aber, wir wissen, daß mancher Mensch, der freiwillig in den Tod gehen wollte, gerettet wurde und dann aber vor der Frage stand: Armer Teufel, was nun? Ist das Motiv zum Selbstmord nicht beseitigt, läßt die Lebensrettung einiges, und zwar sehr Wesentliches an ihrem Wert zu wünschen übrig.

Was hatte es nun bei der hübschen Georgette mit dem Selbstmordversuch für ein Bewandnis?

Georgette war in der Wiener Revuebühne „Moulin-Rouge“ als Revuegirt beschäftigt. Ihre Rolle trug ihr stets auf offener Bühne besonderen Applaus ein. Was ist der Künstler, ob männlich oder weiblich, ob hübsch oder nicht, jung oder alt, höchster Triumph? Doch immer der tosende, jubelnde Beifall des Publikums; der Applaus auf offener Bühne — und den hatte Georgette Abend für Abend. Plötzlich aber sollte es anders werden. Entschlüsse der Direktionen bei Theatern und anderswo sind unerforschlich. Auf Grund der Entschliessung der Direktion der Revuebühne wurde die Rolle der Georgette einem anderen Mädchen übertragen. Georgette nahm sich das so zu Herzen, daß sie den Entschluß faßte, aus dem Leben zu scheiden. Gefränkter Künstlererregnis, das war das Motiv des Selbstmordversuches der jungen, hübschen Georgette. Die Ärzte haben Georgette das Leben gerettet und die Direktion der Revuebühne hat das Motiv des Selbstmordversuches beseitigt. Georgette wird nach ihrer vollständigen Genesung ihre Rolle wieder zuteil erhalten.

Das Leben ist gerettet, das Motiv beseitigt, Georgette wieder in ihrer Rolle auf der Bühne. Ende gut, alles gut. Ganz so wie in einem Revuestück. Wer sollte sich da nicht freuen, selbst wenn er nicht das Vergnügen hat, die junge, hübsche Georgette bei ihrem Wiederauftreten auf der Bühne begrüßen zu können?

Das Neueste

Das Sparen war seine Leidenschaft.

Der 68jährige Postpensionist Johann Schiefermeier in Nied im Innkreis hatte nur eine Leidenschaft: von seiner Pension möglichst viel zu ersparen. Die Sparsamkeit des Mannes ging so weit, daß er verbrauchte Bindfäden nie wegworf, sondern sie zurechtschnitt und als Schuhnägel verwendete. Der ehemalige Briefträger war Junggeselle und lebte dergestalt bescheiden, daß er 40.000 Schilling von seiner Pension ersparen konnte. Sein Monatsbedarf betrug kaum 10 Schilling. Um 30 Groschen erhielt er täglich in einem

Gasthaus das Mittagmahl, während er sich die anderen Mahlzeiten bei Bauern zusammenbettelte, die ihm wegen seiner Gewissenhaftigkeit und Gefälligkeit sehr zugetan waren. Des bedürfnislosen Mannes einzige Leidenschaft war eben seine Pension zu sparen und an jedem Ersten eine möglichst große Summe auf sein Sparfahrbuch einzulegen. Wie werden sich die Erben freuen.

Banfgauner.

Auch in Italien gibt es Banftachs. Infolge des Zusammenbruches eines Bankinstitutes in Alassi wurden die beiden Brüder Louis und Salvatore Nicola, ein ehemaliger Abgeordneter, ferner ein Ingenieur namens Camera verhaftet. Sie stehen unter der Anklage schwerer Bilanzfälschungen und Unterschlagung von mehr als zwei Millionen



Vire. Ja, die Herren vom Bankkapital, das sind keine Leute.

Ein Haupttreffer kann gefährlich werden.

Der Gewinner des 5-Millionen-Haupttreffers der französischen Staatslotterie, Louis Ribier in Avignon, erhielt in der letzten Zeit täglich Drohbriefe, in denen ihm mit dem Tode gedroht wird, wenn er nicht eine größere Summe an einem bestimmten Ort erlege. Die Polizeidirektion von Avignon sah sich veranlaßt, einen speziellen Überwachungsdiens zu organisieren, um Ribier vor Anschlägen zu schützen. Das hat man davon, wenn man einen Haupttreffer macht.

Zerrissene 100-Schilling-Noten auf der Straße.

In der Windmühlgasse in Wien sahen unlängst Vorübergehende vor dem Hause Nr. 12 viele Teile zerrissener 100-Schilling-Noten liegen. Im Nu entstand um die Papiergeldschmitzel eine förmliche Kauferrei. Von den Findern wurden 132 Teile von 100-Schilling-Noten deponiert. Insgesamt dürften im Werte von beiläufig 2000 Schilling zerrissen und wegge worfen worden sein. Abgesehen von den Teilen der Noten, die nicht bei der Polizei deponiert wurden, wer zerreißt Geldnoten und wirft sie auf die Straße?

RÄTSELCKE

Lösung des Kreuzworträtsels Nr. 2.

Waagrecht: 1. Magazin. 7. Zikaden. 14. Iraden. 16. Gelage. 17. Aeser. 18. Hai. 20. Nasen. 21. Seife. 24. Ente. 26. Band. 30. Mal. 31. Alt. 32. Ger. 33. Inn. 34. Fuzze. 37. Nabe. 40. Nieta. 44. Laden. 47. Nie. 48. Ledor. 51. Eremit. 53. Strene. 54. Koralle. 55. Traenen.

Kreuzworträtsel Nr. 3.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13			14		15				16		
		17		18		19			20		
21	22		23		24			25	26		27
28		29		30		31			32		33
		34				35				36	
37				38				39	40		42
43			44		45		46			47	48
			49			50	51		52		53
54	55				56			57		58	59
60				61						62	

Waagrecht: 1. Monat. 4. Pensum. 10. Nebenfluß des Arno. 13. Haft. 15. Noi. 16. Gemürz. 17. Augenbedel. 19. Platz. 20. Wöfe. 21. Persönliches Fürwort. 23. Teil des Hauses. 25. Planet. 27. Meines Erachtens, abgefürt. 28. Fluß, spanisch. 30. Chemisches Zeichen für Selen. 32. Bindevort, ja. 33. Forte. 34. Energiemaß. 35. Wiefe. 36. Leblos. 37. Himmelsrichtung. 38. Französischer Artikel. 39. Von, französisch. 41. Aufsehendpunkt. 43. Umlaut. 44. Traubenmaß. 46. Tau. 48. Ägyptischer Sonnengott. 49. Gefrorenes. 50. König, französisch. 52. Glied. 54. Schwarzweiß. 56. Winterportgerät. 58. Verbundte. 60. Nährwerteinheit. 61. Dffert. 62. Gelecht.

Senkrecht: 1. Mia. 2. Ares. 3. Gas. 4. Adern. 5. Zer. 6. In. 8. I. G. 9. Ken. 10. Alaun. 11. Das. 12. Egel. 13. Nen. 15. Laie. 18. He. 19. If. 21. Selen. 22. Ebene. 23. Amt. 24. Elf. 25. Tag. 27. Ara. 28. Dic. 29. Und. 35. Ulema. 36. Bein. 38. Beere. 39. Karo. 41. In. 42. Te. 43. Jene. 44. Lek. 45. Der. 46. Nil. 48. Lia. 49. Den. 50. Ren. 52. Ti. 53. Sr.

Fürdrätsel Nr. 1.

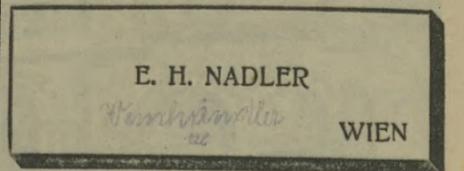
1					
2					
3					
4					
5					
6					

a, a, a, b, e, e, e, e, e, e, e, g, g, g, i, k, l, n, n, n, n, o, r, r, r, s, s, s, t, t, t, t, u, u, v.

Aus den obigen Buchstaben sind die unten angegebenen Wörter zu bilden und in die Figur einzufügen. Die zwei Startumrahmten, senkrechten Reihen nennen dann je eine Getreideart.

1. Starkes Verlangen. 2. Teil des Kreises. 3. Eine Sitzung auf einen späteren Termin verlegen. 4. Schaufenster, auch Spefen. 5. Weibliche Pferde. 6. Flach.

Wissensartenrätsel Nr. 1.



Können Sie erraten, welchen Beruf dieser Herr hat? Es ist gar nicht so schwer. Sie müssen bloß die Buchstaben genau anschauen und dann geschickt aneinanderordnen.

Suchrätsel Nr. 1.

Wienerwald, Kakadu, Pamir, Gasmeter, Ichneumon, Vizedirektor.

Aus den obigen Wörtern ist immer ein Wort herauszufinden. Diese Wörter aneinandergereiht, ergeben ein bekanntes Sprichwort.

Die aktuellsten Bilder der Woche



Skilaufen auf der Zugspitze. Die reichlichen Schneefälle der letzten Tage haben es möglich gemacht, auf der fast 3000 Meter hohen Zugspitze die ersten Wettbewerbe im Abfahrtslauf durchzuführen.



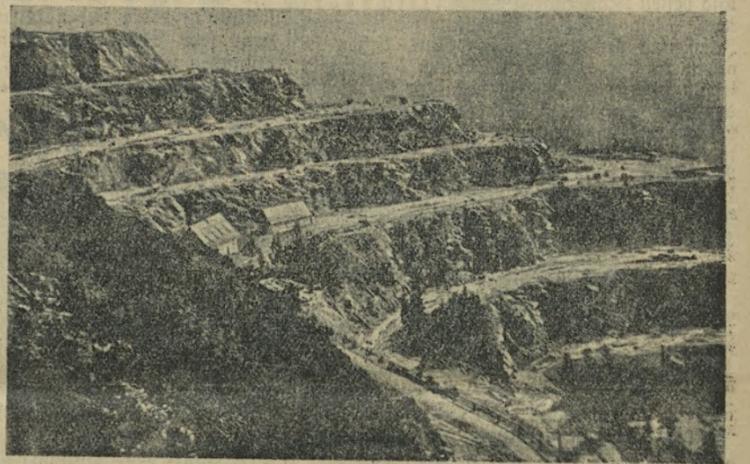
Opfer der Kriegsrüstung Hitler-Deutschlands. In einer geheimen Kriegsmittelfabrik in Speyer ereignete sich eine Explosion, durch welche sieben Arbeiter getötet wurden. Das Bild zeigt das Begräbnis dieser Opfer des Rüstungswahnsinns.



Oben: „12.000 Offiziere der Handelsflotte bitten das Parlament“, steht auf dieser Tafel, die das Boot „Britannia“ mit den Witzschriften zum Londoner Parlamentsgebäude brachte. Diese 12.000 sind als Opfer des gewaltigen Niederganges des Welthandels arbeitslos geworden.



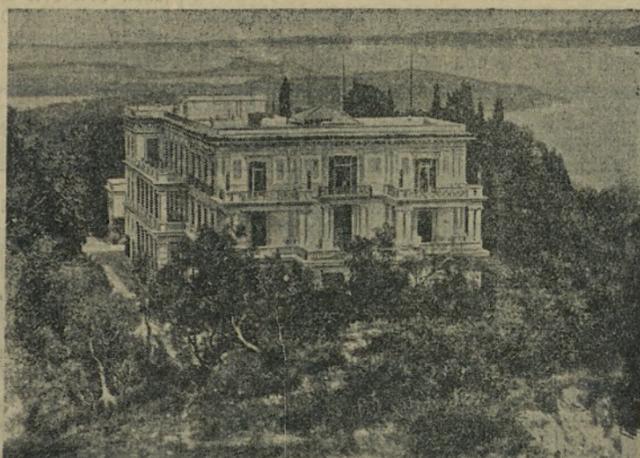
Rechts: Amundsens Polarischiff „Maud“ wurde im Raeeis zwischen Grönland und Spitzbergen aufgefunden. Nach Amundsens Tod hat eine Pelztierjagdgesellschaft das Schiff gemietet. Sie mußte die „Maud“ nach einer Strandung verlassen und jetzt treibt das berühmte Schiff herrenlos herum.



Der steirische Erzberg ist wieder einmal stillgelegt worden. 3000 Arbeiter sind dadurch arbeitslos geworden. Im Arbeiterort Eisenerz ist die Not noch größer als sonst.



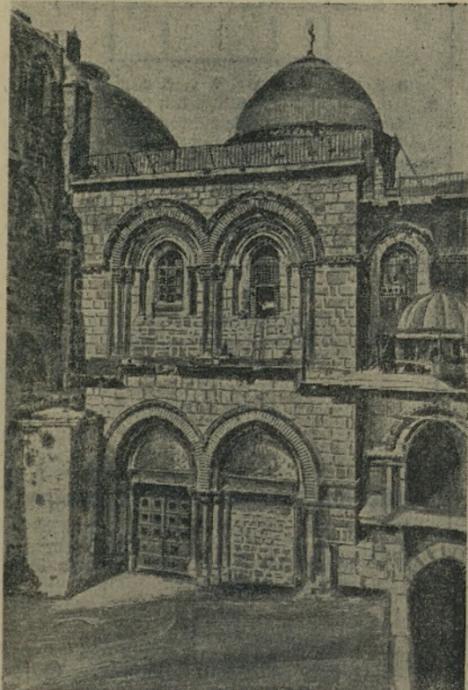
Stephan George, der bekannte deutsche Dichter, ist im Alter von 65 Jahren in Lugano in der Schweiz gestorben. Für sein dichterisches Werk hat er vor einigen Jahren den Goethepreis bekommen.



Oben: Das Achilleon, ein Lustschloß auf der griechischen Insel Korfu, wird zu einer internationalen Spielhölle umgebaut. Früher einmal hat hier die österreichische Kaiserin Elisabeth gewohnt.



Rechts: Zahllose Truthähne müssen zu Weihnachten in England sterben, weil die wohlhabenden Leute alljährlich ihren Truthahn am Weihnachtstisch haben wollen. Für diesen Zweck gibt es eigene Truthahnzüchtereien.



Die Heilige Grabeskirche in Jerusalem befindet sich in Einfuhrgefahr. Einzelne Mauern, an welchen sich besonders starke Risse zeigten, mußten gepölzt werden.



Der Kopf des Leguans. Der Leguan ist eine 150 bis 2 Meter lange Eidechsenart, die nur mehr auf den Galapagosinseln vorkommt. Sie nähren sich von Pflanzen und Insekten.



Blauhemden verboten — nämlich auch in Irland, wo die Faschisten sich diese Gemdfarbe ausgesucht haben. Hier sieht man, wie die Polizei eine Faschistengruppe anhält und sie verhält, über die blauen Hemden die Windjacken anzuziehen.

TAGDIENST- NACHTDIENST

13

Copyright by Amonesta Verlag, Wien-Leipzig.

„Du müßten aufstehen, es sein neun Uhr.“
„Du?“ fragte Grete erstaunt. „Derzeit Sie...“
„Aber Grete, wir haben doch Bruderschaft getrunken, alle vier.“
„Alle vier? Ich war mit Tom allein...“
„Du haben geträumt“, sagte Mabel. „Wir waren immer zusammen.“
„Aber Tom...“
„Du haben zuviel getrunken“, sagte Mabel bestimmt.

Grete suchte in ihrer Erinnerung. Sie war mit Tom... ja, wie war das gewesen. Eine Treppe und ein dämmriges Zimmer. Derr hatte sie das nur geträumt? Mabel war lang weg gewesen, die Wachen hatten getanz, es war wahr, sie hatte zuviel getrunken... Was war mit Tom gewesen?

„Du haben eingeschlafen beim Tisch, wir haben ein Auto genommen“, erzählte Mabel. „Vielleicht war das wahr, und sie bildete sich alles andere nur ein. Es war sogar sicher ja. Mabel war doch ein feines, anständiges Mädchen, die konnte mit so einer Gemeinheit gar nichts zu tun haben.“

„Ich bestelle dir zu Mittag einen Hering“, sagte Mabel. „Für Magenjammer sehr gut. Du willst jetzt aufstehen und gehen zu Missis Meller, weil es ist neun.“
„Mabel, einen Augenblick noch. Du warst doch auch eine Weile fort, nicht...“
„Ja, ich haben gehabt Kopfschmerzen. Ich war geseßen unten im Garten am Meer und gewartet und Pulver genommen.“
„Und nachher war ich die ganze Zeit mit euch allen dreien beisammen?“

Mabel wurde ein wenig ungeduldig. „Ja, du haben zuviel getrunken und haben dann eingeschlafen. Du waren betrunken wie ein Amerikaner.“

Grete schämte sich. Betrunken wie ein Amerikaner, das war schlimm. „Sabe ich viel Unsinn gesprochen?“ fragte sie unsicher.
„Oh, nur zu Tom. Aber wir waren alle betrunken, wir haben nicht erinnert, was du haben gesagt.“

Das war immerhin ein Trost. Grete setzte sich auf und griff nach ihrem Schlafrock. „Ich gehe jetzt zu Frau Meller hinunter und du bist so gut und bestellst mir einen Hering.“
„Du sollen waschen dich sehr kalt“, sagte Mabel mit Nachdruck, lächelte ein wenig und verschwand.

Grete befolgte den Rat. Sie wusch sich sehr kalt und ihr Kopf wurde etwas klarer. Aber je nüchterner sie wurde und je länger sie darüber nachdachte, desto sicherer wußte sie, daß irgend etwas zwischen ihr und Tom vorgefallen war. Sie wußte nur nicht, was.

Frau Meller machte mit ihr eine Autofahrt die Küste entlang. Sie kam so nicht einmal zu ihrem Hering, denn Frau Meller wollte unterwegs essen. Die Fahrt war wunderschön, das Auto fuhr durch die herrliche Landschaft, nach der sie sich immer schon gesehnt hatte. Sie hielten in einem kleinen Wirtshaus an, das verloren auf einer Landzunge trüme, sie aßen irgendeine richtig zubereitete provenzalische Bauernspeise und bekamen dicken, roten Landwein dazu. Frau Meller aß und trank mit sichtlichem Genuß, aber Grete blieb der Wissen im Mund stecken und der Wein schien ihr ungenießbar. Sie bat um Wasser, und als sie das nicht bekommen konnte, um Milch.

Frau Meller machte die ganze Zeit bissige Bemerkungen, daß die Nachtrube ihr doch nicht so gut bekommen habe, wie sie erwartet hätte und fragte sie, was sie für heute Nacht vorhabe.

„Schlafen, nur schlafen“, antwortete Grete, aber sie wußte nicht, ob sie nicht doch mit Mabel mitgehen sollte. Wenn sie nur gewußt hätte, was mit Tom los war.

Am Abend holte Mabel Grete ab. Grete war noch nicht fertig. Sie saß in der Schwefelentrost am Bettend und versuchte zu lesen. Sie wußte aber nicht, was sie las. Sie war zu nervös dazu.

„Oh, noch nicht angekleidet?“ fragte Mabel erstaunt.

„Ich gehe nicht mit.“

Da wurde die Kleine aber energisch. Sie redete Grete zu. Es habe doch keinen Sinn, auskneifen zu wollen. Gut, ihr Debut in der Gesellschaft sei kein besonders vorteilhaftes gewesen, weil sie sich betrunken hatte. Aber das war doch kein Grund, sich dafür von jetzt an für immer in das scheußliche Zimmer da einzusperren. Wenn sie heute nicht kam, so war es fraglich, ob man sie morgen dabei haben wollte. Sie solle mitgehen, freundlich und liebenswürdig sein und so tun, als ob nichts geschähe sei. Es sei ja auch schließlich und endlich nichts geschähe.

Das hatte sich Grete selbst schon gesagt. Wenn sie wirklich nur alles geträumt hatte, so war kein Grund da, die Gesellschaft zu meiden. Und wenn Mabel so sicher behauptete, sie sei die ganze Zeit mit ihr zu-

fammengewesen, so stimmte es wohl und sie hatte alles nur geträumt.

Sie wunderte sich aber über sich selbst. Solche Sachen träumte sie sonst nie.

Jim und Tom warteten schon. Sie saßen wieder bei dem kleinen Tisch und winkten ihnen freundlich zu. Als Grete Tom sah, gab es ihr einen Stich durchs Herz, ihr Atem stockte einen Augenblick. Sie kannte sich jetzt schon gar nicht aus.

Sie sagten ihr wirklich alle du. Hatte sie doch mit ihnen Bruderschaft getrunken? Sie wußte es nicht, sie erinnerte sich nicht. Jim und Mabel begannen, schnell und undeutlich miteinander zu sprechen. So blieb ihr nichts anderes übrig, als mit Tom zu reden.



Ein Herr kam wieder zum Tisch und verneigte sich.

„Bitte, Tom, was ist gestern geschähe?“
Er zog die Augenbrauen hoch, daß zwei tiefe Falten auf seiner Stirn standen und sagte lachend: „Nichts, was ich nicht möchte, daß jeden Tag geschähe.“

„Ja, aber was?“
Er neigte sich über sie, legte den Arm um ihre Stuhllehne und wollte etwas sagen. In dem Augenblick stand ein Herr im Abendanzug vor ihr, ein Herr, wie es tausende gibt, unauffällig, gut angezogen, etwa vierzig Jahre alt, und verneigte sich. „Darf ich bitten?“

„Ich tanze nicht mit Herren, die mir nicht vorgestellt sind“, sagte Grete abweisend.

„Ach, Verzeihung“, sagte der Herr, verneigte sich und ging.

Jim und Mabel waren aufmerksam geworden.

„Aber, Grete“, sagte Mabel, „das war doch ein feiner Mann. Du können ihn nicht so einfach wegschicken.“

Radio Programm

Wocheneinteilung: Montag 11. Dezember bis inkl. Sonntag 17. Dezember

Montag, 11. Dezember. 15.15: Weg der Milch vom Stall bis zur Molkerei. — 15.50: Kammermusik (Schallplatten). — 16.35: Jugendstunde. Ludwig Purtscheller. Ein österreichischer Alpini. — 17.25: Schweizer Musik. — 19.00: Zeitfunk. — 19.25: Bunter Abend (Funtorchester der Wiener Sinfoniker). — 21.00: Felix Mendelssohn-Bartholdy: Overt Es-Dur (Sedat-Winkler-Quartett). — 21.50: Der Nobelpreisträger Ivan Bunin. — 22.00: Der Österreicher Erwin Schrödinger als diesjähriger Träger des Nobel-Preises für Physik.

Dienstag, 12. Dezember. 15.15: Österreich im internationalen Frauensport. — 15.25: Kinderstunde. Peter und Sufi bauen ein Musikstück. — 15.50: Aus Tonfilmen (Schallplatten). — 16.55: Geschichte der bauerlichen Beheizung und Beleuchtung in Österreich. — 17.15: Konzertstunde (Maria Riensl; Karl Scheit; Charles Cerne). — 17.55: Im Kreise der Großmeister Rubens und Rembrandt. — 18.50: Heitere Weisen (Opus-Quartett). — 19.30: Vaterländische Gedenkstunde. „Lmannowa-Sapanow“ (4. bis 12. Dezember 1914). — 20.00: „Die toten Augen.“ Oper von Eugen d'Albert.

Mittwoch, 13. Dezember. 15.15: Die Verordnung zur Regelung der Schweineproduktion. — 15.50: Saiten IV. (Schallplatten). — 16.25: Jugendstunde. Das Irdisch im Volksglauben und Wissenschaft. — 16.40: Was man vom Radium wissen soll. — 17.00: Die lieben Mitmenschen. — 17.20: Stunde österreichischer Komponisten. — 18.10: Woher kommen neue Krankheiten? — 18.35: Leben und Treiben in einem Lehrlings-erholungsheim. — 19.00: Militärkonzert. — 20.30: Hebbel Abend. (Zum 70. Todestag) I. Aus des Dichters Werken. II. Szenen aus „Michelangelo“.

Donnerstag, 14. Dezember. 15.55: Aus Operetten (Schallplatten). — 16.35: Wie baue ich mein Haus? — 16.55: Ein österreichisches Jugendretungswerk. Die Erziehungsarbeit. — 17.20: Musik für Cembalo und Violoncello. — 18.00: Preis-schutzbestimmungen und ihre allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung. — 18.25: Der Kampf um den Menschen. — 19.00: Aus der Zeit der

„Wie? Ich kenne ihn doch nicht. Er hat Tom um die Erlaubnis zu bitten, ob er mich auffordern darf.“

„Ich gebe dir ein für allemal die Erlaubnis, mit jedem zu tanzen, der dich auffordert.“

„Danke, aber ich mache keinen Gebrauch davon.“
Ein Fremder kam und holte Mabel zum Tanz. Sie stand auf, lächelte und ging. Jim begann mit den Augen eine Partnerin zu suchen.

„Du wirst mit dem nächsten tanzen, der dich holt“, sagte Tom. Aus seiner Stimme klang eine kaltblütige Drohung.

„Ich weiß nicht, warum dir da so viel dranliegt.“

„Das wirst du schon sehen. Jetzt geh!“
Ein Herr kam wieder zum Tisch und verneigte sich. Er war ganz abscheulich, fand Grete. Es war einer von den kleinen, dicken Männern, die bei jedem Mädchen nur die Beine heben und auf dem Standpunkt stehen, daß die Frau zum Vergnügen da ist, und daß man jede kaufen kann. Ein wenig erinnerte er sie an Herrn Karger.

Sie wollte nein sagen, aber da traf sie ein Blick von Tom, der sie zwang, aufzustehen und zu lächeln. Sie fürchtete sich vor Tom. Es war das erstmal in ihrem Leben, daß sie sich vor einem Mann fürchtete.

Der Fremde wurde, wie sie es erwartet hatte, sofort zudringlich. Noch während des Tanzens forderte er sie auf, mit ihm ein bißchen hinaus in ein Separee zu kommen.

Grete war entrüstet. „Sie irren sich“, sagte sie kalt. „Ich bin in Gesellschaft da und dann habe ich Ihnen auch keinen Anlaß gegeben.“

„Na, die Gesellschaft!“ sagte der Herr und wiegte mit dem Kopf hin und her.

„Danke“, antwortete Grete brüsk und ließ ihn mitten im Tanz stehen. Sie kam allein zum Tisch zurück. Jim tanzte, das hatte sie gesehen. Tom saß da und äugte mit einer älteren Dame mit viel Schmutz.

„Warum tanzt du nicht mehr?“ fragte er grob.

Er hatte doch gar keinerlei Berechtigung, mit ihr in dem Ton zu sprechen! „Weil ich nicht will.“

„So, du willst nicht? Aber ich will es.“

Grete versuchte, ihre Angst und Aufregung womöglich zu verbergen. Sie kramte mit zitternden Fingern eine Zigarette aus ihrer Handtasche und setzte sie in Brand. „Wo ist Mabel?“ fragte sie gemacht gleichgültig.

DARMOL DAS BELIEBTE ABFUHRMITTEL wirkt mild, sicher, unschädlich

„Das geht dich gar nichts an!“
„Tom!“

Tom hatte in halbblautem Ton gesprochen und Grete antwortete ihm gedämpft. Aber sie legte eine ganze Menge Entrüstung in den Ausruf. Er schien das nicht zu bemerken.

Freitag, 15. Dezember. 15.15: Einführung in die Landschaftsphotographie. — 15.30: Jugendstunde. Unsere Musikinstrumente: Horn. — 15.50: Opernsembles (Schallplatten). — 16.30: Frauenstunde. Das Schicksal Elise Benfins. — 17.20: Liederstunde. — 18.35: Die Wissenschaft vom Spaten. — 19.00: Unterhaltungskonzert (Funtorchester; May Schönherr). — 20.15: Gesellschaft und Spiel. Ein Zyklus. „Die deutschen Kleinstädter.“ Lustspiel von August von Koberue.

Samstag, 16. Dezember. 18.00: Mandolinentonzert (Dr. Leopold Bracharz; Zentralverband der Arbeitermusikvereine Österreichs). — 17.00: Nachmittagskonzert (Schallplatten). 17.35: Norwegische Volkslieder. — 18.05: Liebeszauber und Hochzeitsbräute bei den Südländern. — 18.35: Ein Monat Weltgeschichte. — 19.00: Chorkonzert. — 19.55: Der Spruch. — 20.00: Franz Lehár, Funtoppourri von Viktor Hrubý (Franz Lehár; Wanda Ahsel; Adele Kern; Richard Tauber; Ernst Lautenbain; Funtorchester; Chor der Wiener Volkssoper). — 21.45: Wohltätigkeitsakademie jugendlicher Winterhilfe. Veranstaltung von Bundesminister Friedrich Stofinger (Übertragung aus dem neuen Saal der Hofburg).

Sonntag, 17. Dezember. 8.05: Frühkonzert (Schallplatten). — 9.40: Ratgeber der Woche. — 10.00: Orgelvortrag (Karl Walter). — 10.30: Aus einem frühlichen Garten. — 10.50: Lieder und Arien. — 12.00: Orchesterkonzert. — 13.15-14.00: Mandolinentonzert. — 15.05: Von neuen österreichischen Büchern. — 15.30: Kammermusik (Auber-Trio). — 16.30: Vorwinter bei den Bergbauern. — 17.00: Nachmittagskonzert. — 18.40: Erika Mittlerer. Aus eigenen Werken. — 19.10: Die heilige Schlange der Ander und ich. — 19.50: Serge Bortkiewicz (Klavier). — 20.30: Österreich-Niederlande. Ringelbung.

Das vollständige Programm des Wiener Senders und aller europäischen Sender bringt die billige österr. tschechische Radiozeitung, der „Rundfunk“. Preis 25 Groschen, in allen Trafiken und Verschleißstellen erhältlich.

„Du wirst jetzt freundlich zu den Herren sein“, sagte er eindringlich.

„Ja“, sagte Grete fanst, um ihn nicht zu reizen. Sie fürchtete sich immer mehr.

Als sie der nächste Herr aufforderte, stand sie gleich auf, tanzte ein paar Runden, entschuldigte sich dann, als sie in der Nähe der Tür war, mit Kopfschmerzen, holte ihren Mantel aus der Garderobe und lief heim.

Das erste Stück rannte sie wie besessen. Vielleicht hatte Tom bemerkt, daß sie durchgegangen war und kam ihr nach. Dann beruhigte sie sich. Er konnte es ja gar nicht bemerkt haben. Und er würde sich hüten, sie auf der offenen Straße zu verfolgen oder gar anzugreifen.

Nun wußte sie auch ganz genau, was gestern vorgefallen war. Aber was wollte Tom von ihr?

In der Hotelhalle saß Herr Meller. Er streckte die Füße gelangweilt von sich und gähnte verstoßen hinter den Hand. Grete hoffte, er werde sie nicht erkennen. Aber er stand auf und verstellte ihr den Weg.

„Guten Abend, Fräulein Grete, wohin so eilig?“

„Guten Abend. Ich gehe zu Bett.“

„Wollen Sie mir nicht ein bißchen Gesellschaft leisten?“

Grete mußte wohl ein abweisendes Gesicht gemacht haben, denn er fuhr fort:

„Wenn Sie mich da allein sitzen lassen, gehe ich in einer Stunde hinaus und wecke meine Frau auf. Der wird dann gleich schlecht und sie läßt Sie wecken. Da ist es schon besser, Sie tanzen ein wenig mit mir.“

Gegen diese Logik kam Grete nicht auf. Herr Meller versorgte ihren Mantel in der Garderobe und führte sie in den Tanzsaal.

In dem Moment, in dem Grete den Saal betrat, wußte sie, daß sie mit Mabel und ihrer Gesellschaft in einem ganz unmöglichen, ordinären Lokal gewesen war. Nun verstand sie auch, warum die Männer sie so behandelt hatten. Ein Mädchen, das in so ein Etablissement ging, das mit jedem tanzte, der sie aufforderte...

Aber warum hatte Tom sie gezwungen, mit jedem zu tanzen?

Herr Meller war sehr liebenswürdig und ganz Cavalier. Er behandelte sie, als sei sie eine Dame, die er irgendwo in Gesellschaft kennengelernt habe, oder eine Freundin seiner Frau. Nichts erinnerte an den arroganten Ton, den er sonst ihr gegenüber anzuschlagen pflegte. Er kaufte ihr Blumen und Bonbons, aber nicht mehr und nicht weniger, als die anderen Herren ihren Damen kauften, und schenkte ihr einen schönen, rotgelbgrüngezeichneten Sammelmann.

„Denken Sie manchmal an mich, Fräulein Grete“, sagte er dazu.

Um eins ging Grete in ihr Zimmer hinauf. Herr Meller machte nur einen ganz schwachen Versuch, sie zurückzuhalten und sie weiter, als über den dritten Stock hinauf zu begleiten. Sie schickte ihn fort und er hatte nicht einmal viel dagegen.

So hatte der Abend doch noch einen ganz angenehmen Abschluß gefunden. Grete zog das schöne Kleid sorgfältig aus und hängte es in den Schrank, die Schuhe tat sie auf Streifen und dann ging sie zum kleinen Waschtisch und ließ Wasser einlaufen.

Es pochte leise an die Tür und Mabel fragte von außen: „Was ist los, Grete, sein du krank? Wir haben gesucht...“

„Ich hatte Kopfschmerzen“, sagte Grete und zog ihr Hemd über den Kopf.

„Ach, bitte, laß mich zu dir. Ich wollen nicht über das ganze Gang schreiben.“

„Sofort.“ Grete tat den Schlafrock um, lief zur Tür und sperrte auf. „So, du kannst schon herein.“

Die Tür sprang auf, Tom stand im Zimmer. Grete wich entsetzt zurück und zog den Schlafrock über die Brust zusammen. Tom sperrte die Tür hinter sich ab und steckte den Schlüssel in die Tasche.

„Geh hinaus“, sagte Grete heftig.

Tom stand breitbeinig da und sah sie ruhig an. „Wo bist du gewesen?“

„Das geht dich gar nichts an.“

„Mit wem warst du aus?“

„Geh hinaus.“

Er kam mit zwei Schritten durch das Zimmer und stand vor ihr. „Wo ist das Geld, das dir der Kerl gegeben hat?“

„Welches Geld?“

„Das Geld, das du heute verdient hast.“

Grete begriff nicht, was er wollte. „Ich habe kein Geld verdient. Ich bekomme doch mein Monatsgehalt.“

Tom machte eine wegwerfende Kopfbewegung. „Das Geld von dem Kerl, mit dem du aus warst.“

„Ich war nicht aus!“

„Du bist jetzt erst nach Hause gekommen!“

„Das geht dich gar nichts an.“

Er packte sie bei den Schultern und schüttelte sie. „Das geht mich schon an.“

„Au, du tu mir weh!“

Er packte sie noch fester und flüsterte: „Wenn du schreist, kommt der Meller, und morgen wissen alle, was du für eine feine Krankenschwester bist, die in zweideutige Lokale geht und ihren Liebhaber auf dem Zimmer hat.“

Grete wand sich unter seinem Griff. „Du gemeines Schwein!“ sagte sie fast weinend. „Na sicher. Aber jetzt werden wir einmal vernünftig reden. Hast du heute Geld verdient?“

(Fortsetzung folgt.)

Die rote Spottdroffel

Blatt für Kritik und Humor



Das rote Genf.

Im Genf, dem Sitz des Roten Bundes, haben die Sozialdemokraten bei der Wahl in den Nationalrat die Mehrheit erlangt. Der erst vor einigen Wochen aus dem Gefängnis entlassene Genosse Nicole wird nun Regierungspräsident des Kantons Genf. Am 9. November 1932 wurden anlässlich einer Arbeiterdemonstration neun Wahlen gewonnen. Nicole wurde eingewählt.

Die Schweizerische Lage gerade selber, durch ein solches Regiment die Arbeiterchaft niederhalten zu können. Dieser Traum hat die Wahl einer sozialistischen Mehrheit gerührt. Die Stadt, in der der Reformator und Minister für die Glaubensstreben Calvin und der große Philosoph Jean Jacques Rousseau für die soziale Gestaltung und das natürliche Menschengeschlecht gestritten haben, ist nun der Freiheit und dem Sozialismus gewonnen.

Genf ist rot!
Das Volk hat so entschieden;
Es wählte in der alten Stadt,
Dem Sitz aller Völker Mut
Für Freiheit und für Frieden:
die Sozialisten.
Vor einem Jahr noch schwang der Fah
In Genf die falschen Fahnen.
Das Blut von neun Erschlagenen
Rauht auf wie düsteres Mahnen.
Die Stadt Calvin's*, die Stadt
Rousseaus**),
Sie sank in dumpfe Schande,
Es drang der Ruf von solcher Schmach
Wehklagend durch die Lande.
Der Reformator hat umsonst
Gen Finsternis gestritten?
Hat für der Menschheit heilig Recht
Rousseau umsonst geküßt?
Da wählt das Volk!
Vorbei der Spuk — es flattert hoch
Die sieghaft rote Fahne.
Ihr habt doch nicht umsonst gelebt,
Trotz dunkelhafter Wahn.
Zum Ruder greift mit starker Hand
Nun der Rebell*** von gestern,
Und Jubel grüßt im ganzen Land
Von Brüdern und von Schwestern
Das rote Genf.

*) Johann Calvin mußte nach einer scharfen Schrift gegen König Franz I. von Frankreich fliehen und gründete in Genf die evangelische Kirche (betschliche Konfession).
**) Jean Jacques Rousseau, Sohn eines französischen Büchlers, geboren in Genf 1712. Philosoph und Humanist. In seinem Werke „Emile“ trat er für ein natürliches Erziehungsgesetz ein. In seinem Werke „Contrat social“ forderte er die Gleichheit aller Menschen. Beide Bücher wurden vom Pariser Parlament für „gottlos“ erklärt. Rousseau starb 1778 auf der Flucht.
***) Nicole (sozialdemokratischer Schriftsteller und Nationalrat).

Die Schworznöchliger treiben Wiener Steuerpolitik.

„Mitt Holzmoche war ma jirta, hoam-grant is a! Fiakt tonns meinholbn schneibn!“
Das jagte der Rippl auf dem Kellerweg. Da Knobinger-Moß und da Selzrainer Paris an a dabei greift. Und wittli, wie da Rippl so um a neint ausn Preshhaus i d Reicha geht, schneibts.
„Donna“, sagt er, „schneibn tuitt! Fiakt nimmt s echti Köllerverda. Do is do herunt nomol so gmiatlich.“
„Owa wos a so a Schnee für de Stadt-gemeinde Wien bedeit? Do brauchst nit trauri sei!“ wirft der Knobinger-Moß ein.
„Scho, scho! Owa des mocht nir und schodt der rotn Gmoa nit! Nau, und kriagn do nit Tausende und Tausende wieder a Druck! Unser Herrgott denkt sozial!“ erwidert der Rippl.
„Vielleicht gar sozialdemokratisch!“ neckt der Selzrainer Karl. „Ma tonns nit wissen, jeder mocht si sein Herrgott noch seinem Ebenbild und paßt sich ihn an!“
„Du redst owa gleicheit!“ hänselte der Rippl.
„Wia mans nimmt. Des is do flor, daß der Dollfuß und der Seitz nit oan Herrgott hom!“
„Da Seitz hot goa loan!“ fällt ihm der Rippl ins Wort.
„Des konnst net sogn. Owa da Herrgott is ollweil bei denen, de wos de Polizei hom! In dem gegenwärtigen Augenblick auf der Seite des Dollfuß!“
„Drum geht er a auf de Weana los und schneidt eahna d Hoar, wie s da Holda-Simmerl schneidt: va hintn fir!“
„Oho“, moant da Moß, „i tat mia a wihren, wonn s oan so de Einkünfte firzn!“
„Des vatest du nit, Moß!“ klärt der Rippl auf. De Sozi vom Weaner Nothaus, de hättm mit unsern Göld Häuser baut, gonze

Paläste, jo, größer als de größten Dörfer. Hobn dann den Häusern a roit Aufschrift gebn und an Nom von eahnari rotn Fihra daß de Leit des glei ollweil i da Friaß sein, daß de Gebäu von den Sozialdemo-krafn gschoffa san worn. Und wonn do Fremdi femma san, hot ma eahna de Gebäu zoagt und glogt: „Des is dos Werk der rotn Gemeinde Wien!“ Wo vatest du nit, wegn wos der rotn Gemeinde de Soa miassin gschmitt wern? Wonn i den Leitn mein Saußöll zoag und log: „De hot mo de drilli-lichsoziale Landwirtschaftskammer baut mit oana Subvention!“, do würdn de Leit nit schrei: „Va unsern Göld bau si da Rippl Saußöll!“ Des war loa Kenome für de Regierung! Also jagst! De Gemeinde Wien muik kloa wern!“

Da schrie einer durch die offene Kellertür: „Daß eng noch engari Säu und Railbin auf! Quit stecken fernt!“
Da war es still und sie überdachten diese Worte.

Weg mit der Konkurrenz!

Der neue Landesverteidigungsminister hat unlängst einen Erlaß herausgegeben, in welchem er gegen die Verwendung altösterreichischer Uniformen Einspruch erhoben hat. Das Verbot wurde ausgesetzt durch die Aufführung des Theaterstückes „Zwei lahende Augen“.
Es mag sein, daß einem wirklichen Frontsoldaten — und der jetzige Minister Schönburg-Gartenstein war einer — dieses aufdringliche Zurschauftragen altösterreichischer Uniformen nicht behagt. Der Herr Minister darf aber nicht vergessen, daß es eben jetzt zur Konjunktur gehört, „altösterreichisch“ zu posieren und daß die verschiedenlichen „Dichter“, vom Herrn Saßmann aufwärts, gern Uni-

formstücke schreiben, wie: „Syssi“, „Metternich“, „Mafart“ und — last, not least — „Du mein Österreich!“

Wir hoffen also, daß wirklich der gute Geschmack die Beweggründe des an sich begrüßenswerten Einspruches waren: sonst könnte es passieren, daß die altösterreichischen Uniformen zum Schluß nicht nur auf der Bühne und bei den Festlichkeiten der Vaterländischen Front, sondern auch bei jedem beliebigen — Faschingsfest paradiereen wollen. Eine gewisse Ausschaltung der Konkurrenz ist daher nur zu begrüßen.

Hoher Besuch.

Die Zeitungen melden, daß der ungarische Ministerpräsident Gömbös mit dem Handelsminister Kallay nach Österreich zu Besuch gekommen sind. Ministerbesuche sind zwar heutzutage noch häufiger als in den Zeiten der seligen Monarchie, und man darf die Tragweite solcher Besuche durchaus nicht überschätzen. Jedenfalls wird aus dem obgenannten, im Interesse der Hebung des Fremdenverkehrs begrüßenswerten Besuch kein zweiter Weltkrieg entstehen. Obwohl schon einmal eine sogenannte Entree von Monarchen und Diplomaten gerade in Mürzsteg, wohin sich nämlich der ungarische Besuch begeben hat, ganz kräftig den Weltkrieg 1914 bis 1918 vorbereiten half. Damals haben sich die hohen Herrschaften angeblich nur zur Jagd nach Mürzsteg begeben. Das Wild, nämlich Millionen Menschen, wurde freilich erst Jahre später zur Strecke gebracht. Wir vergönnen unseren jetzigen Diplomaten also gern das fröhliche Weidwerkvergnügen zu Mürzsteg. Mögen sie dort nur frühstücken, mögen sie jagen, mögen sie schlechen Geizen und allenfalls auch — Böcke, nur bitte nicht auf Kosten der Bevölkerung trans und zis der Leitba.

Der Affe. (Bilder ohne Worte)

